

Amtsblatt der Europäischen Union

L 35



Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

63. Jahrgang

7. Februar 2020

Inhalt

II *Rechtsakte ohne Gesetzescharakter*

VERORDNUNGEN

- ★ **Verordnung (EU) 2020/171 der Kommission vom 6. Februar 2020 zur Änderung von Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH) ⁽¹⁾ 1**
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2020/172 der Kommission vom 6. Februar 2020 zur Verlängerung der Zulassung von 3-Phytase aus *Aspergillus niger* (CBS 101.672) als Futtermittelzusatzstoff für Ferkel (entwöhnt), Mastschweine, Sauen, Masthühner, Masttruthühner, Legehennen, Enten sowie alle anderen Vogelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Ziervögel sowie zur Neuzulassung für Junghennen oder Junghühner für die Zucht, Jungtruthühner für die Zucht oder Zuchthennen und Saugferkel sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 243/2007, (EG) Nr. 1142/2007, (EG) Nr. 165/2008, (EG) Nr. 505/2008 und (EU) Nr. 327/2010 (Zulassungsinhaber: BASF SE) ⁽²⁾ 6**
- ★ **Durchführungsverordnung (EU) 2020/173 der Kommission vom 6. Februar 2020 zur Zulassung von Brillantblau FCF als Zusatzstoff in Futtermitteln für Katzen und Hunde ⁽³⁾ 9**

BESCHLÜSSE

- ★ **Durchführungsbeschluss (EU) 2020/174 der Kommission vom 6. Februar 2020 über die Genehmigung der in effizienten 12-Volt-Generatoren für bestimmte Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge verwendeten Technologie als innovative Technologie gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁴⁾ 13**
- ★ **Durchführungsbeschluss (EU) 2020/175 der Kommission vom 6. Februar 2020 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 betreffend Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in bestimmten Mitgliedstaaten (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2020) 762) ⁽⁵⁾ 23**

⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR.

DE

Bei Rechtsakten, deren Titel in magerer Schrift gedruckt sind, handelt es sich um Rechtsakte der laufenden Verwaltung im Bereich der Agrarpolitik, die normalerweise nur eine begrenzte Geltungsdauer haben.

Rechtsakte, deren Titel in fetter Schrift gedruckt sind und denen ein Sternchen vorangestellt ist, sind sonstige Rechtsakte.

- ★ UN-Regelung Nr. 126 — Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Trennvorrichtungen zum Schutz der Fahrzeuginsassen vor verschobenen Gepäckstücken als nachrüstbare Fahrzeugausrüstung [2020/176]..... 37
-

Berichtigungen

- ★ Berichtigung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates (ABl. L 317 vom 23.11.2016) 51

II

(Rechtsakte ohne Gesetzescharakter)

VERORDNUNGEN

VERORDNUNG (EU) 2020/171 DER KOMMISSION

vom 6. Februar 2020

zur Änderung von Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 18. Dezember 2006 zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe (REACH), zur Schaffung einer Europäischen Chemikalienagentur, zur Änderung der Richtlinie 1999/45/EG und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 793/93 des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 1488/94 der Kommission, der Richtlinie 76/769/EWG des Rates sowie der Richtlinien 91/155/EWG, 93/67/EWG, 93/105/EG und 2000/21/EG der Kommission ⁽¹⁾, insbesondere auf die Artikel 58 und 131,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Stoffe 1,2-Benzoldicarbonsäure, Dihexylester, verzweigt und linear, und Dihexylphthalat sowie die Stoffgruppe 1,2-Benzoldicarbonsäure, Di-C6-10-Alkylester, und 1,2-Benzoldicarbonsäure, gemischte Decyl-, Hexyl- und Octyldiester mit $\geq 0,3$ % Dihexylphthalat, erfüllen die Kriterien für die Einstufung als reproduktionstoxisch (Kategorie 1B) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽²⁾ und erfüllen somit ebenfalls die Kriterien für die Aufnahme in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 gemäß Artikel 57 Buchstabe c dieser Verordnung.
- (2) Der Stoff Trixylylphosphat erfüllt die Kriterien der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 für die Einstufung als reproduktionstoxisch (Kategorie 1B) und erfüllt somit die Kriterien für die Aufnahme in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 gemäß Artikel 57 Buchstabe c dieser Verordnung.
- (3) Die Stoffe Natriumperborat, Perborsäure, Natriumsalz und Natriumperoxometaborat erfüllen die Kriterien der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 für eine Einstufung als reproduktionstoxisch (Kategorie 1B) und erfüllen somit die Kriterien für die Aufnahme in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 gemäß Artikel 57 Buchstabe c dieser Verordnung.
- (4) Die Stoffe 5-sec-Butyl-2-(2,4-dimethylcyclohex-3-en-1-yl)-5-methyl-1,3-dioxan [1], 5-sec-Butyl-2-(4,6-dimethylcyclohex-3-en-1-yl)-5-methyl-1,3-dioxan [2] (erfasst jedes einzelne Stereoisomer von [1] und [2] bzw. jede Kombination davon) sind sehr persistent und sehr bioakkumulierbar gemäß den Kriterien in Anhang XIII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und erfüllen somit die Kriterien für die Aufnahme in Anhang XIV dieser Verordnung gemäß Artikel 57 Buchstabe e dieser Verordnung.
- (5) Die Stoffe 2-(2H-Benzotriazol-2-yl)-4,6-di-tert-pentylphenol (UV-328), 2,4-Di-tert-butyl-6-(5-chlorbenzotriazol-2-yl)phenol (UV-327), 2-(2H-Benzotriazol-2-yl)-4-(tert-butyl)-6-(sec-butyl)phenol (UV-350) und 2-Benzotriazol-2-yl-4,6-di-tert-butylphenol (UV-320) sind persistent, bioakkumulierbar und toxisch und/oder sehr persistent und sehr bioakkumulierbar gemäß den Kriterien in Anhang XIII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 und erfüllen somit die Kriterien für die Aufnahme in Anhang XIV dieser Verordnung gemäß Artikel 57 Buchstaben d und/oder e dieser Verordnung.
- (6) Diese Stoffe wurden nach Artikel 59 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 als für die Aufnahme infrage kommende Stoffe ermittelt und in die entsprechende Kandidatenliste aufgenommen. Außerdem sind sie laut den Empfehlungen der Europäischen Chemikalienagentur (im Folgenden: die „Agentur“) vom 10. November 2016 ⁽³⁾ und vom 5. Februar 2018 ⁽⁴⁾ gemäß Artikel 58 Absätze 3 und 4 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 prioritär in Anhang XIV der Verordnung aufzunehmen. Zudem gingen bei der Kommission die Antworten von Interessenträgern auf eine Anfrage nach Informationen über die möglichen wirtschaftlichen, sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Auswirkungen (Kosten und Nutzen) ein, die mit einer Aufnahme der Stoffe in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 verbunden wären, wie sie von der Agentur in ihren Empfehlungsentwürfen vorgeschlagen wurden.

⁽¹⁾ ABl. L 396 vom 30.12.2006, S. 1.

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. Dezember 2008 über die Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen (ABl. L 353 vom 31.12.2008, S. 1).

⁽³⁾ https://echa.europa.eu/documents/10162/13640/7th_axiv_recommendation_november2016_en.pdf

⁽⁴⁾ https://echa.europa.eu/documents/10162/13640/8th_axiv_recommendation_february2018_en.pdf

- (7) Wie in Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 verlangt, ist für jeden Stoff, der mit der vorliegenden Verordnung in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 aufgenommen wird, ein Zeitpunkt festzulegen, ab dem das Inverkehrbringen und die Verwendung des Stoffes verboten sind, es sei denn, es wurde eine Zulassung erteilt; dabei sind die Kapazitäten der Agentur für die Bearbeitung von Zulassungsanträgen zu berücksichtigen. Für keinen dieser Stoffe gibt es Gründe, warum der Ablauftermin nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 auf einen früheren Zeitpunkt als 18 Monate vor dem Zeitpunkt für die Antragstellung nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i der Verordnung festgelegt werden sollte.
- (8) In Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe e sind in Verbindung mit Artikel 58 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 mögliche Ausnahmen für Verwendungen oder Verwendungskategorien vorgesehen, sofern spezifische Unionsvorschriften mit Mindestanforderungen an den Schutz der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt sicherstellen, dass die Risiken ausreichend beherrscht werden. Ausgehend vom gegenwärtigen Informationsstand ist es nicht angezeigt, auf der Grundlage dieser Bestimmungen Ausnahmen festzulegen.
- (9) Da keine Informationen vorliegen, die eine Ausnahme für produkt- und verfahrensorientierte Forschung und Entwicklung rechtfertigen würden, ist es nicht angezeigt, eine solche Ausnahme zu prüfen.
- (10) Da nur begrenzte Informationen über die Verwendung der vorgeschlagenen Stoffe vorliegen, ist es nicht angezeigt, zu diesem Zeitpunkt Überprüfungszeiträume nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe d der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 festzulegen.
- (11) Die Stoffe Tetrableitrioxidsulfat, Pentableitetraoxidsulfat, Orangemennige (Bleitetraoxid) und Bleimonoxid (Bleioxid) erfüllen die Kriterien der Verordnung (EG) Nr. 1272/2008 für eine Einstufung als reproduktionstoxisch (Kategorie 1A) und erfüllen somit die Kriterien für die Aufnahme in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 gemäß Artikel 57 Buchstabe c dieser Verordnung. Sie wurden ebenfalls nach Artikel 59 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 als für die Aufnahme infrage kommende Stoffe ermittelt und in die entsprechende Kandidatenliste aufgenommen, und die Agentur sprach sich am 10. November 2016 in ihrer Empfehlung gemäß Artikel 58 Absätze 3 und 4 dieser Verordnung für deren vorrangige Aufnahme in Anhang XIV dieser Verordnung aus. Die Verwendung von Blei und seinen Verbindungen unterliegt der Richtlinie 98/24/EG des Rates⁽⁵⁾ und in gewissem Umfang auch der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates⁽⁶⁾ samt ihren Umsetzungsmaßnahmen zur Festlegung von BVT-Schlussfolgerungen (BVT — beste verfügbare Techniken). Zudem sollen die derzeit in der Union geltenden verbindlichen Arbeitsplatzgrenzwerte und die verbindlichen biologischen Grenzwerte für Bleiverbindungen gemäß der Richtlinie 98/24/EG überprüft werden. Somit ist es auch im Hinblick auf den möglichen Erlass strengerer Maßnahmen für den Arbeitsplatz angezeigt, eine Entscheidung über die Aufnahme dieser Stoffe in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 zu vertagen. Überdies haben sich durch die Umsetzung der Richtlinie 2010/75/EU und ihrer Vorläufer die Emissionen von Blei und seinen Verbindungen in die Umwelt verringert und sie verringern sich auch weiterhin, wie die Meldungen im Europäischen Schadstofffreisetzungs- und -verbringungsregister (Europäisches PRTR) zeigen; mit weiteren Verringerungen wird durch die Annahme neuer BVT-Schlussfolgerungen und der damit einhergehenden Aktualisierung der Genehmigungen gerechnet.
- (12) Für alle Verwendungen von 1-Methyl-2-pyrrolidon (NMP) bestehen Beschränkungen gemäß Anhang XVII der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006. Die inhärenten Eigenschaften von NMP ähneln jenen von N,N-Dimethylacetamid (DMAC) und N,N-Dimethylformamid (DMF), und alle drei Stoffe haben ähnliche Verwendungen in der Industrie und können zumindest für einige Verwendungen als untereinander austauschbar gelten, auch wenn sie nicht generell als „Drop-in“-Ersatz anzusehen sind. In Anbetracht der Ähnlichkeiten der drei Stoffe und um einen kohärenten Regelungsansatz zu gewährleisten⁽⁷⁾, sollte die Entscheidung über die Aufnahme von NMP in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 vertagt werden, wie es bereits bei DMAC und DMF der Fall war, als die Kommission die Empfehlungen der Agentur vom 17. Januar 2013⁽⁸⁾ beziehungsweise vom 6. Februar 2014⁽⁹⁾ berücksichtigte.
- (13) Um eine vorzeitige Obsoleszenz von Erzeugnissen oder komplexen Produkten, die nach den in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 genannten Zeitpunkten für die letzte Antragstellung nicht mehr hergestellt werden, zu vermeiden, müssen einige in diesem Anhang genannte Stoffe (als solche oder in Gemischen) für die Herstellung von Ersatzteilen als Erzeugnisse oder als komplexe Produkte für die Reparatur dieser Erzeugnisse oder komplexen Produkte verfügbar sein, wenn diese Erzeugnisse oder komplexen Produkte ohne diese Ersatzteile nicht ordnungsgemäß funktionieren und wenn bestimmte Stoffe des Anhangs XIV (als solche oder in Gemischen) für die

⁽⁵⁾ Richtlinie 98/24/EG des Rates vom 7. April 1998 zum Schutz von Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer vor der Gefährdung durch chemische Arbeitsstoffe bei der Arbeit (vierzehnte Einzelrichtlinie im Sinne des Artikels 16 Absatz 1 der Richtlinie 89/391/EWG) (ABl. L 131 vom 5.5.1998, S. 11).

⁽⁶⁾ Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) (ABl. L 334 vom 17.12.2010, S. 17).

⁽⁷⁾ <https://echa.europa.eu/rmoa/-/dislist/details/0b0236e181ffe81a>

⁽⁸⁾ https://echa.europa.eu/documents/10162/13640/4th_a_xiv_recommendation_17jan2013_en.pdf

⁽⁹⁾ https://echa.europa.eu/documents/10162/13640/5th_a_xiv_recommendation_06feb2014_en.pdf

Reparatur solcher Erzeugnisse oder komplexen Produkte erforderlich sind. Damit die Antragstellung betreffend die Zulassung dieser Verwendungen erleichtert wird, sollten die geltenden Übergangsbestimmungen verlängert werden, um die Annahme von Durchführungsmaßnahmen für vereinfachte Zulassungsanträge in solchen Fällen zu ermöglichen. Ferner sollten die Fußnoten der Tabelle in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 so umformuliert werden, dass in Anbetracht des Urteils des Gerichtshofs in der Rechtssache C-106/14 ⁽¹⁰⁾ terminologische Einheitlichkeit bei den Begriffen Erzeugnis und komplexes Produkt hergestellt wird.

- (14) Die Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (15) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen stehen im Einklang mit der Stellungnahme des nach Artikel 133 der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 eingesetzten Ausschusses —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 wird gemäß dem Anhang der vorliegenden Verordnung geändert.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Februar 2020

Für die Kommission
Der Präsident
Ursula VON DER LEYEN

⁽¹⁰⁾ Urteil des Gerichtshofs vom 10. September 2015, *Fédération des entreprises du commerce et de la distribution (FCD) und Fédération des magasins de bricolage et de l'aménagement de la maison (FMB)*, C-106/14, ECLI:EU:C:2015:576.

Die Tabelle in Anhang XIV der Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 wird wie folgt geändert:

(1) Folgende Einträge werden angefügt:

Eintrag Nr.	Stoff	Inhärente Eigenschaft(en) nach Artikel 57	Übergangsregelungen		Ausgenommene Verwendungen oder Verwendungskategorien	Überprüfungszeiträume
			Antragsschluss (1)	Ablauftermin (2)		
„44.	1,2-Benzoldicarbonsäure, Dihexylester, verzweigt und linear EG-Nr.: 271-093-5 CAS-Nr.: 68515-50-4	Fortpflanzungsgefährdend (Kategorie 1B)	27. August 2021 (*)	27. Februar 2023 (**)	—	—
45.	Dihexylphthalat EG-Nr.: 201-559-5 CAS-Nr.: 84-75-3	Fortpflanzungsgefährdend (Kategorie 1B)	27. August 2021 (*)	27. Februar 2023 (**)	—	—
46.	1,2-Benzoldicarbonsäure, Di-C6-10-Alkylester; 1,2-Benzoldicarbonsäure, gemischte Decyl-, Hexyl- und Octyldiester mit $\geq 0,3$ % Dihexylphthalat (EG-Nr.: 201-559-5) EG-Nr.: 271-094-0; 272-013-1 CAS-Nr.: 68515-51-5; 68648-93-1	Fortpflanzungsgefährdend (Kategorie 1B)	27. August 2021 (*)	27. Februar 2023 (**)	—	—
47.	Trixylylphosphat EG-Nr.: 246-677-8 CAS-Nr.: 25155-23-1	Fortpflanzungsgefährdend (Kategorie 1B)	27. November 2021 (*)	27. Mai 2023 (**)	—	—
48.	Natriumperborat; Perborsäure, Natriumsalz EG-Nr.: 239-172-9; 234-390-0 CAS-Nr.: —	Fortpflanzungsgefährdend (Kategorie 1B)	27. November 2021 (*)	27. Mai 2023 (**)	—	—
49.	Natriumperoxometaborat EG-Nr.: 231-556-4 CAS-Nr.: 7632-04-4	Fortpflanzungsgefährdend (Kategorie 1B)	27. November 2021 (*)	27. Mai 2023 (**)	—	—
50.	5-sec-Butyl-2-(2,4-dimethylcyclohex-3-en-1-yl)-5-methyl-1,3-dioxan [1], 5-sec-Butyl-2-(4,6-dimethylcyclohex-3-en-1-yl)-5-methyl-1,3-dioxan [2] [erfasst jedes einzelne Stereoisomer von [1] und [2] bzw. jede Kombination davon] EG-Nr.: — CAS-Nr.: —	vPvB	27. Februar 2022 (*)	27. August 2023 (**)	—	—

Eintrag Nr.	Stoff	Inhärente Eigenschaft(en) nach Artikel 57	Übergangsregelungen		Ausgenommene Verwendungen oder Verwendungskategorien	Überprüfungszeiträume
			Antragsschluss ⁽¹⁾	Ablauftermin ⁽²⁾		
51.	2-(2H-Benzotriazol-2-yl)-4,6-di-tert-pentylphenol (UV-328) EG-Nr.: 247-384-8 CAS-Nr.: 25973-55-1	PBT, vPvB	27. Mai 2022	27. November 2023	—	—
52.	2,4-Di-tert-butyl-6-(5-chlorbenzotriazol-2-yl)phenol (UV-327) EG-Nr.: 223-383-8 CAS-Nr.: 3864-99-1	vPvB	27. Mai 2022	27. November 2023	—	—
53.	2-(2H-Benzotriazol-2-yl)-4-(tert-butyl)-6-(sec-butyl)phenol (UV-350) EG-Nr.: 253-037-1 CAS-Nr.: 36437-37-3	vPvB	27. Mai 2022	27. November 2023	—	—
54.	2-Benzotriazol-2-yl-4,6-di-tert-butylphenol (UV-320) EG-Nr.: 223-346-6 CAS-Nr.: 3846-71-7	PBT, vPvB	27. Mai 2022	27. November 2023	—	—

⁽¹⁾ Zeitpunkt nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer ii.

⁽²⁾ Zeitpunkt nach Artikel 58 Absatz 1 Buchstabe c Ziffer i.

(2) Bei den folgenden Stoffeintragsnummern wird neben dem Datum in der Spalte „Antragsschluss“ das Zeichen „(*)“ eingefügt: 32-43.

(3) Bei den folgenden Stoffeintragsnummern wird neben dem Datum in der Spalte „Ablauftermin“ das Zeichen „(**)“ eingefügt: 32-43.

(4) Die Fußnoten am Ende der Tabelle erhalten folgende Fassung:

„(*) 1. September 2021 für die Verwendung des Stoffes bei der Herstellung von Ersatzteilen als Erzeugnisse oder als komplexe Produkte für die Reparatur von Erzeugnissen oder komplexen Produkten, deren Herstellung eingestellt wurde oder vor dem im Eintrag für diesen Stoff genannten Ablauftermin eingestellt wird, wenn der Stoff bei der Herstellung dieser Erzeugnisse oder komplexen Produkte verwendet wurde und diese ohne das Ersatzteil nicht ordnungsgemäß funktionieren und das Ersatzteil ohne den Stoff nicht hergestellt werden kann, sowie für die Verwendung des Stoffes (als solcher oder in einem Gemisch) für die Reparatur solcher Erzeugnisse oder komplexen Produkte, wenn der Stoff als solcher oder in einem Gemisch bei der Herstellung dieser Erzeugnisse oder komplexen Produkte verwendet wurde und diese nur unter Verwendung dieses Stoffes repariert werden können.

(**) 1. März 2023 für die Verwendung des Stoffes bei der Herstellung von Ersatzteilen als Erzeugnisse oder als komplexe Produkte für die Reparatur von Erzeugnissen oder komplexen Produkten, deren Herstellung eingestellt wurde oder vor dem im Eintrag für diesen Stoff genannten Ablauftermin eingestellt wird, wenn der Stoff bei der Herstellung dieser Erzeugnisse oder komplexen Produkte verwendet wurde und diese ohne das Ersatzteil nicht ordnungsgemäß funktionieren und das Ersatzteil ohne diesen Stoff nicht hergestellt werden kann, sowie für die Verwendung des Stoffes (als solcher oder in einem Gemisch) für die Reparatur solcher Erzeugnisse oder komplexen Produkte, wenn der Stoff als solcher oder in einem Gemisch bei der Herstellung dieser Erzeugnisse oder komplexen Produkte verwendet wurde und diese nur unter Verwendung dieses Stoffes repariert werden können.

(***) Erfüllt nicht die Kriterien für die Einstufung als Karzinogen, wenn < 0,005 % (w/w) Benzo[a]pyren (Einecs-Nr. 200-028-5) enthalten sind.“

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2020/172 DER KOMMISSION**vom 6. Februar 2020**

zur Verlängerung der Zulassung von 3-Phytase aus *Aspergillus niger* (CBS 101.672) als Futtermittelzusatzstoff für Ferkel (entwöhnt), Mastschweine, Sauen, Masthühner, Masttruthühner, Legehennen, Enten sowie alle anderen Vogelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung und Ziervögel sowie zur Neuzulassung für Junghennen oder Junghühner für die Zucht, Jungtruthühner für die Zucht oder Zuchthennen und Saugferkel sowie zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 243/2007, (EG) Nr. 1142/2007, (EG) Nr. 165/2008, (EG) Nr. 505/2008 und (EU) Nr. 327/2010 (Zulassungsinhaber: BASF SE)

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 regelt die Zulassung von Zusatzstoffen zur Verwendung in der Tierernährung sowie die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung und Verlängerung einer solchen Zulassung.
- (2) 3-Phytase aus *Aspergillus niger* (CBS 101.672) wurde mit der Verordnung (EG) Nr. 243/2007 der Kommission ⁽²⁾ für Ferkel (entwöhnt), Mastschweine und Masthühner, mit der Verordnung (EG) Nr. 1142/2007 der Kommission ⁽³⁾ für Legehennen und Masttruthühner, mit der Verordnung (EG) Nr. 165/2008 der Kommission ⁽⁴⁾ für Enten, mit der Verordnung (EG) Nr. 505/2008 der Kommission ⁽⁵⁾ für Sauen und mit der Verordnung (EU) Nr. 327/2010 der Kommission ⁽⁶⁾ für alle Vogelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung außer Enten sowie für Ziervögel für die Dauer von zehn Jahren als Futtermittelzusatzstoff zugelassen.
- (3) Gemäß Artikel 14 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 in Verbindung mit deren Artikel 7 stellte der Zulassungsinhaber einen Antrag auf Verlängerung der Zulassung von 3-Phytase aus *Aspergillus niger* (CBS 101.672) als Futtermittelzusatzstoff für Ferkel (entwöhnt), Mastschweine, Sauen, Masthühner, Legehennen, Masttruthühner, Enten und andere Vogelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung sowie Ziervögel und auf Neuzulassung für Junghennen oder Junghühner für die Zucht, Jungtruthühner für die Zucht oder Zuchthennen und Saugferkel; in diesem Zusammenhang wurde die Einordnung des Zusatzstoffs in die Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ beantragt. Dem Antrag waren die gemäß Artikel 7 Absatz 3 und Artikel 14 Absatz 2 der genannten Verordnung vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigelegt.
- (4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden die „Behörde“) zog in ihrem Gutachten vom 26. Februar 2019 ⁽⁷⁾ den Schluss, dass der Antragsteller Daten vorgelegt hat, denen zufolge der Zusatzstoff die Zulassungsbedingungen erfüllt. Die Behörde stellte außerdem fest, dass der Zusatzstoff keine nachteiligen Auswirkungen auf die Tiergesundheit und auf die Umwelt hat. Des Weiteren gelangte sie zu dem Schluss, dass der Zusatzstoff als Inhalationsallergen einzustufen ist und als potenzielles Hautallergen betrachtet werden sollte. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um nachteilige

⁽¹⁾ ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.

⁽²⁾ Verordnung (EG) Nr. 243/2007 der Kommission vom 6. März 2007 zur Zulassung von 3-Phytase (Natuphos) als Futtermittelzusatzstoff (ABl. L 73 vom 13.3.2007, S. 4).

⁽³⁾ Verordnung (EG) Nr. 1142/2007 der Kommission vom 1. Oktober 2007 zur Zulassung eines neuen Verwendungszwecks von 3-Phytase (Natuphos) als Futtermittelzusatzstoff (ABl. L 256 vom 2.10.2007, S. 20).

⁽⁴⁾ Verordnung (EG) Nr. 165/2008 der Kommission vom 22. Februar 2008 zur Zulassung eines neuen Verwendungszwecks von 3-Phytase (Natuphos) als Futtermittelzusatzstoff (ABl. L 50 vom 23.2.2008, S. 8).

⁽⁵⁾ Verordnung (EG) Nr. 505/2008 der Kommission vom 6. Juni 2008 zur Zulassung eines neuen Verwendungszwecks von 3-Phytase (Natuphos) als Futtermittelzusatzstoff (ABl. L 149 vom 7.6.2008, S. 33).

⁽⁶⁾ Verordnung (EU) Nr. 327/2010 der Kommission vom 21. April 2010 zur Zulassung einer neuen Verwendung von 3-Phytase als Futtermittelzusatzstoff für alle Vogelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung außer Enten sowie für Ziervögel (Zulassungsinhaber: BASF SE) (ABl. L 100 vom 22.4.2010, S. 3).

⁽⁷⁾ EFSA Journal 2019;17(3):5640.

Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, insbesondere in Bezug auf die Verwender der Futtermittelzusatzstoffe, zu vermeiden. Die Behörde kam ferner zu dem Schluss, dass der Zusatzstoff die Verdaulichkeit von Futtermitteln für Junghennen oder Junghühner für die Zucht, Jungtruthühner für die Zucht oder Zuchthennen und Saugferkel wirksam verbessert. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hält die Behörde nicht für erforderlich. Sie hat außerdem den Bericht über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.

- (5) Die Bewertung von 3-Phytase aus *Aspergillus niger* (CBS 101.672) hat ergeben, dass die Bedingungen für die Zulassung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt sind. Daher sollte die Zulassung für diesen Zusatzstoff gemäß den Angaben im Anhang der vorliegenden Verordnung verlängert werden.
- (6) Infolge der Verlängerung der Zulassung für 3-Phytase aus *Aspergillus niger* (CBS 101.672) als Futtermittelzusatzstoff unter den im Anhang der vorliegenden Verordnung festgelegten Bedingungen sollten die Verordnungen (EG) Nr. 243/2007, (EG) Nr. 1142/2007, (EG) Nr. 165/2008, (EG) Nr. 505/2008 und (EU) Nr. 327/2010 aufgehoben werden.
- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die im Anhang genannte Zubereitung, die in die Zusatzstoffkategorie „zootechnische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Verdaulichkeitsförderer“ einzuordnen ist, wird unter den in diesem Anhang aufgeführten Bedingungen als Zusatzstoff in der Tierernährung zugelassen bzw. die Zulassung wird verlängert.

Artikel 2

Die Verordnungen (EG) Nr. 243/2007, (EG) Nr. 1142/2007, (EG) Nr. 165/2008, (EG) Nr. 505/2008 und (EU) Nr. 327/2010 werden aufgehoben.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Februar 2020

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Kennnummer des Zusatzstoffs	Name des Zulassungsinhabers	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
						Aktivität/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %			

Kategorie: zootechnische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Verdaulichkeitsförderer

4a1600	BASF SE	3-Phytase EC 3.1.3.8	<p><i>Zusammensetzung des Zusatzstoffs</i> 3-Phytase aus <i>Aspergillus niger</i> (CBS 101.672) mit einer Mindestaktivität von fest: 5 000 FTU ⁽¹⁾/g flüssig: 5 000 FTU/ml</p> <p><i>Charakterisierung des Wirkstoffs</i> 3-Phytase aus <i>Aspergillus niger</i> (CBS 101.672) <i>Analysemethode</i> ⁽²⁾ Kolorimetrisches Verfahren zur Messung des anorganischen Phosphats, das von dem Enzym aus Phytatsubstrat freigesetzt wird</p>	Ferkel (Saugferkel und entwöhnte Ferkel) Sauen	—	500 FTU		<p>1. In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und Vormischungen sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben.</p> <p>2. Die Futtermittelunternehmer müssen für die Verwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um Risiken aufgrund der Verwendung des Stoffs zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt oder auf ein Minimum reduziert werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Schutzausrüstung, einschließlich Atem- und Hautschutz, zu verwenden.</p>	27.2.2030
				Mastschweine	—	100 FTU			
				Masthühner Junghennen/Junghühner für die Zucht	—	375 FTU			
				Legehennen Mastruthühner Jungtruthühner für die Zucht und Zuchthennen Ziervogel und alle Vogelarten von geringerer wirtschaftlicher Bedeutung außer Enten	—	250 FTU			
				Enten	—	300 FTU			

⁽¹⁾ 1 FTU ist die Enzymmenge, die 1 Mikromol anorganisches Phosphat in der Minute bei einem pH-Wert von 5,5 und einer Temperatur von 37 °C aus Natrium-Phytat freisetzt.

⁽²⁾ Nähere Informationen zu den Analysemethoden siehe Website des Referenzlabors unter <https://ec.europa.eu/jrc/en/eurl/feed-additives/evaluation-reports>.

DURCHFÜHRUNGSVERORDNUNG (EU) 2020/173 DER KOMMISSION
vom 6. Februar 2020
zur Zulassung von Brillantblau FCF als Zusatzstoff in Futtermitteln für Katzen und Hunde
(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. September 2003 über Zusatzstoffe zur Verwendung in der Tierernährung ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 regelt die Zulassung von Zusatzstoffen zur Verwendung in der Tierernährung sowie die Voraussetzungen und Verfahren für die Erteilung einer solchen Zulassung. Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 sieht für Zusatzstoffe, die gemäß der Richtlinie 70/524/EWG des Rates ⁽²⁾ zugelassen wurden, eine Neubewertung vor.
- (2) Brillantblau FCF aus der Gruppe „färbende Stoffe, einschließlich Pigmente“ wurde gemäß der Richtlinie 70/524/EWG unter der Überschrift „Stoffe, die in gemeinschaftlichen Vorschriften zur Färbung von Lebensmitteln zugelassen sind“ auf unbegrenzte Zeit als Zusatzstoff in Futtermitteln für Hunde und Katzen zugelassen. In der Folge wurde der Zusatzstoff gemäß Artikel 10 Absatz 1 Buchstabe b der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 als bereits bestehendes Produkt in das Register der Futtermittelzusatzstoffe eingetragen.
- (3) Nach Artikel 10 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 in Verbindung mit deren Artikel 7 wurde ein Antrag auf Neubewertung von Brillantblau FCF als Zusatzstoff in Futtermitteln für Hunde und Katzen gestellt. Der Antragsteller beantragte die Einordnung dieses Zusatzstoffs in die Zusatzstoffkategorie „sensorische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Farbstoffe“. Dem Antrag waren die nach Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 vorgeschriebenen Angaben und Unterlagen beigelegt.
- (4) Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (im Folgenden die „Behörde“) zog in ihrer Stellungnahme vom 19. Juni 2013 ⁽³⁾ den Schluss, dass Brillantblau FCF unter den vorgeschlagenen Verwendungsbedingungen keine nachteiligen Auswirkungen auf die Tiergesundheit hat. Sie gelangte ferner zu dem Schluss, dass der Stoff für den Verwender des Zusatzstoffs als eine Gefahr beim Einatmen angesehen werden sollte und dass er in Ermangelung von Daten über die Haut- und Augenreizung als potenziell haut- und augenreizend betrachtet werden kann. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass geeignete Schutzmaßnahmen ergriffen werden sollten, um schädliche Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit, insbesondere bei den Verwendern des Zusatzstoffs, zu vermeiden. Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 429/2008 der Kommission ⁽⁴⁾ wurde in Phase I der Bewertung der Umweltrisiken festgestellt, dass Brillantblau FCF als Zusatzstoff, der für nicht zur Lebensmittelerzeugung genutzte Tiere bestimmt ist, aufgrund der geringen Wahrscheinlichkeit erheblicher Umweltauswirkungen keiner weiteren Bewertung bedarf, da in der genannten Stellungnahme der Behörde keine wissenschaftlich untermauerten Beweise festgestellt wurden, die Grund zu Bedenken geben würden. Die Behörde kam ferner zu dem Schluss, dass der Zusatzstoff beim Färben von Futtermitteln wirksam ist. Besondere Vorgaben für die Überwachung nach dem Inverkehrbringen hält die Behörde nicht für erforderlich. Sie hat außerdem den Bericht über die Methode zur Analyse des Futtermittelzusatzstoffs in Futtermitteln geprüft, den das mit der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 eingerichtete Referenzlabor vorgelegt hat.
- (5) Die Bewertung von Brillantblau FCF hat ergeben, dass die Bedingungen für die Zulassung gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 erfüllt sind. Daher sollte die Verwendung dieses Zusatzstoffs gemäß den Angaben im Anhang der vorliegenden Verordnung zugelassen werden.

⁽¹⁾ ABl. L 268 vom 18.10.2003, S. 29.

⁽²⁾ Richtlinie 70/524/EWG des Rates vom 23. November 1970 über Zusatzstoffe in der Tierernährung (AbL. L 270 vom 14.12.1970, S. 1).

⁽³⁾ EFSA Journal 2013; 11(7):3288.

⁽⁴⁾ Verordnung (EG) Nr. 429/2008 der Kommission vom 25. April 2008 über Durchführungsbestimmungen zur Verordnung (EG) Nr. 1831/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates hinsichtlich der Erstellung und Vorlage von Anträgen sowie der Bewertung und Zulassung von Futtermittelzusatzstoffen (AbL. L 133 vom 22.5.2008, S. 1).

- (6) Da es nicht erforderlich ist, die Änderung der Zulassungsbedingungen für den betreffenden Stoff aus Sicherheitsgründen unverzüglich anzuwenden, sollte den Beteiligten eine Übergangsfrist eingeräumt werden, damit sie sich auf die neuen Anforderungen vorbereiten können, die sich aus der Zulassung ergeben.
- (7) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Zulassung

Der im Anhang genannte Stoff, der in die Zusatzstoffkategorie „sensorische Zusatzstoffe“ und die Funktionsgruppe „Farbstoffe“ einzuordnen ist, wird als Zusatzstoff in der Tierernährung unter den im Anhang aufgeführten Bedingungen zugelassen.

Artikel 2

Übergangsmaßnahmen

- (1) Der im Anhang genannte Stoff und die diesen enthaltenden Vormischungen, die vor dem 27. August 2020 gemäß den vor dem 27. Februar 2020 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet werden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden.
- (2) Einzel- und Mischfuttermittel, die den im Anhang beschriebenen Stoff enthalten und vor dem 27. Februar 2022 gemäß den vor dem 27. Februar 2020 geltenden Bestimmungen hergestellt und gekennzeichnet wurden, dürfen bis zur Erschöpfung der Bestände weiter in Verkehr gebracht und verwendet werden.

Artikel 3

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 6. Februar 2020

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

Kennnummer des Zusatzstoffs	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
					mg Wirkstoff/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %.			

Kategorie: Sensorische Zusatzstoffe. Funktionsgruppe: Färbende Stoffe. (i) Stoffe, die einem Futtermittel Farbe geben oder die Farbe in einem Futtermittel wiederherstellen

2a133	Brillantblau FCF	Zusammensetzung des Zusatzstoffs:	Katzen	-	-	278	<ol style="list-style-type: none"> In der Gebrauchsanweisung für den Zusatzstoff und Vormischungen sind die Lagerbedingungen und die Stabilität bei Wärmebehandlung anzugeben. Die Futtermittelunternehmer müssen für die Anwender des Zusatzstoffs und der Vormischungen operative Verfahren und organisatorische Maßnahmen festlegen, um Risiken aufgrund der Anwendung des Stoffs zu vermeiden. Können diese Risiken durch solche Verfahren und Maßnahmen nicht beseitigt oder auf ein Minimum reduziert werden, so sind Zusatzstoff und Vormischungen mit persönlicher Schutzausrüstung, einschließlich Augen-, Haut- und Atemschutz, zu verwenden. 	27. Februar 2030
		Brillantblau FCF wird als Stoff mit Natriumsalz als Hauptbestandteil beschrieben. Fest (Pulver)	Hunde	-	-	334		
Charakterisierung des Wirkstoffs als Natriumsalz: Dinatrium- α -(4-(N-ethyl-3-sulfonatobenzylamino)phenyl)- α -(4-N-ethyl-3-sulfonatobenzylamino)cyclohexa-2,5-dienyliden) toluen-2-sulfonat Das Calcium- und das Kaliumsalz sind ebenfalls zugelassen. Chemische Bezeichnung: $C_{37}H_{34}N_2Na_2O_9S_3$ Fest (Pulver), hergestellt durch chemische Synthese CAS-Nummer: 3844-45-9								
Reinheitskriterien Mindestens 85 % Farbstoffe insgesamt, berechnet als Natriumsalz (Prüfung) Wasserunlösliche Bestandteile: $\leq 0,2$ % Nebenfarbstoffe: ≤ 6 % Organische Verbindungen außer Farbstoffen: — 2-, 3- und 4-Formylbenzonsulfonsäuren zusammen: $\leq 1,5$ % — 3-((Ethyl)(4-sulfophenyl)amino)-methylbenzonsulfonsäure: $\leq 0,3$ % Leukobase: ≤ 5 %								

Kennnummer des Zusatzstoffs	Zusatzstoff	Zusammensetzung, chemische Bezeichnung, Beschreibung, Analysemethode	Tierart oder Tierkategorie	Höchstalter	Mindestgehalt	Höchstgehalt	Sonstige Bestimmungen	Geltungsdauer der Zulassung
					mg Wirkstoff/kg Alleinfuttermittel mit einem Feuchtigkeitsgehalt von 12 %.			
		<p>Unsulfoierte primäre aromatische Amine: ≤ 0,01 % (berechnet als Anilin) Mit Ether extrahierbare Bestandteile: ≤ 0,2 % aus einer Lösung mit pH-Wert 7</p> <p>Analysemethode ⁽¹⁾</p> <p>Zur Quantifizierung des Gehalts an Gesamtfarbstoffen in Brillantblau FCF im Futtermittelzusatzstoff: Spektrofotometrie bei 630 nm und Titration mit Titanchlorid, beschrieben in: — Verordnung (EU) Nr. 231/2012 der Kommission mit Bezug auf FAO JECFA Combined Compendium for Food Additive Specifications (Analytical methods Vol. 4) und Monograph No 1 (2006) „Brillant Blue FCF“.</p> <p>Zur Quantifizierung des Gehalts an Brillantblau in Futtermitteln: — Hochleistungsflüssigchromatografie mit Tandem-Massenspektrometrie (HPLC-MS)</p>						

⁽¹⁾ Nähere Informationen zu den Analysemethoden: siehe Website des Referenzlabors unter <https://ec.europa.eu/jrc/en/eurl/feed-additives/evaluation-reports>.

BESCHLÜSSE

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2020/174 DER KOMMISSION

vom 6. Februar 2020

über die Genehmigung der in effizienten 12-Volt-Generatoren für bestimmte Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge verwendeten Technologie als innovative Technologie gemäß der Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates

(Text von Bedeutung für den EWR)

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Verordnung (EU) 2019/631 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. April 2019 zur Festsetzung von CO₂-Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen und für neue leichte Nutzfahrzeuge und zur Aufhebung der Verordnungen (EG) Nr. 443/2009 und (EU) Nr. 510/2011 ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 11 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Hersteller Toyota Motor Europe NV/SA, Opel Automobile GmbH — PSA, FCA Italy S.p.A., Automobile Citroën, Automobile Peugeot, PSA Automobiles SA, Mitsubishi Electric Corporation, Audi AG, Ford Werke GmbH, Jaguar Land Rover Ltd, Hyundai Motor Europe Technical Center GmbH, Bayerische Motoren Werke AG, Renault SA, Honda Motor Europe Ltd, Volkswagen AG, Volkswagen Nutzfahrzeuge, Daimler AG, Denso Corporation und SEG Automotive Germany GmbH haben am 12. April 2019 einen gemeinsamen Antrag (im Folgenden „der Antrag“) auf Genehmigung der in effizienten 12-Volt-Generatoren für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge mit Verbrennungsmotorantrieb verwendeten Technologie als innovative Technologie gestellt.
- (2) Der Antrag wurde gemäß Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/631, den Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 725/2011 ⁽²⁾ und (EU) Nr. 427/2014 der Kommission ⁽³⁾ und dem technischen Leitfaden für die Vorbereitung von Anträgen auf Genehmigung innovativer Technologien gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽⁴⁾ (Fassung vom Juli 2018) bewertet. Dem Antrag war gemäß Artikel 11 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2019/631 ein Prüfbericht einer unabhängigen und zertifizierten Stelle beigelegt.
- (3) Die in effizienten 12-Volt-Generatoren verwendete Technologie zur Umwandlung mechanischer Energie in elektrische Energie mit einem bestimmten Umwandlungswirkungsgrad ist bereits mit den Durchführungsbe-

⁽¹⁾ ABl. L 111 vom 25.4.2019, S. 13.

⁽²⁾ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 der Kommission vom 25. Juli 2011 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen nach der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 194 vom 26.7.2011, S. 19).

⁽³⁾ Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 der Kommission vom 25. April 2014 zur Einführung eines Verfahrens zur Genehmigung und Zertifizierung innovativer Technologien zur Verringerung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen nach der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 125 vom 26.4.2014, S. 57).

⁽⁴⁾ Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Festsetzung von Emissionsnormen für neue Personenkraftwagen im Rahmen des Gesamtkonzepts der Gemeinschaft zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen (ABl. L 140 vom 5.6.2009, S. 1), <https://circabc.europa.eu/w/browse/f3927eae-29f8-4950-b3b3-d2e700598b52> (in englischer Sprache).

schließen 2013/341/EU ⁽⁵⁾, 2014/465/EU ⁽⁶⁾, (EU) 2015/158 ⁽⁷⁾, (EU) 2015/295 ⁽⁸⁾, (EU) 2015/2280 ⁽⁹⁾ und (EU) 2016/588 ⁽¹⁰⁾ der Kommission zur Verwendung in Personenkraftwagen und mit dem Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1876 ⁽¹¹⁾ der Kommission zur Verwendung in leichten Nutzfahrzeugen (im Folgenden gemeinsam „frühere Genehmigungsbeschlüsse“) als innovative Technologie genehmigt worden, die CO₂-Emissionen auf eine Weise verringern kann, die von den Messungen im Rahmen der Emissionsprüfung des neuen Europäischen Fahrzyklus (NEFZ) gemäß der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission ⁽¹²⁾ nicht erfasst wird.

- (4) In dem Antrag wird jedoch auf das neue Standardprüfverfahren, das weltweit harmonisierte Prüfverfahren für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge (Worldwide Harmonised Light Vehicle Test Procedure, WLTP) gemäß der Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission ⁽¹³⁾, Bezug genommen; ferner wird nachgewiesen, dass die Messungen, die als Teil der Emissionsprüfung im Rahmen des WLTP durchgeführt werden, die CO₂-Einsparungen, die sich durch die in effizienten 12-Volt-Generatoren verwendeten Technologie ergeben, nicht erfassen.
- (5) Angesichts der im Rahmen der früheren Genehmigungsbeschlüsse gewonnenen Erfahrung mit der Bewertung von Anträgen betreffend Technologien, die zur Steigerung des Wirkungsgrads von Generatoren beitragen, sowie der mit dem Antrag vorgelegten Berichte und sonstigen Informationen wurde zufriedenstellend und schlüssig belegt, dass die in effizienten 12-Volt-Generatoren verwendete Technologie die in Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) 2019/631 genannten Kriterien und die in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 725/2011 und (EU) Nr. 427/2014 genannten Auswahlkriterien erfüllt.
- (6) In dem Antrag wird eine Methode für die Prüfung der CO₂-Einsparungen durch den Einsatz der Technologie in 12-Volt-Generatoren in Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen dargelegt. Abgesehen davon, dass auf WLTP-Prüfverfahren Bezug genommen wird, unterscheidet sich diese Methode von der in den früheren Genehmigungsbeschlüssen festgelegten Prüfmethode im Wesentlichen durch die Definition des Stromverbrauchs, die Definition der Durchschnittsgeschwindigkeit und die Durchführung eines Einfahrverfahrens.
- (7) Die Definitionen des Stromverbrauchs und der Durchschnittsgeschwindigkeit sollten angepasst werden, um dem WLTP-Prüfverfahren Rechnung zu tragen. Was die Aufnahme eines Einfahrverfahrens für den Generator in die Prüfmethode betrifft, so wird in dem Antrag nicht hinreichend genau dargelegt, wie diese Einfahrverfahren durchzuführen und wie die Auswirkungen des Einfahrens zu berücksichtigen sind. Darüber hinaus sieht die in den früheren Genehmigungsbeschlüssen festgelegte Prüfmethode bereits vor, dass solche Auswirkungen gegebenenfalls

⁽⁵⁾ Durchführungsbeschluss 2013/341/EU der Kommission vom 27. Juni 2013 über die Genehmigung des Wechselstromgenerators „Valeo Efficient Generation Alternator“ als innovative Technologie zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 179 vom 29.6.2013, S. 98).

⁽⁶⁾ Durchführungsbeschluss 2014/465/EU der Kommission vom 16. Juli 2014 über die Genehmigung des effizienten DENSO-Wechselstromgenerators als innovative Technologie zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Änderung des Durchführungsbeschlusses 2013/341/EU der Kommission (ABl. L 210 vom 17.7.2014, S. 17).

⁽⁷⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2015/158 der Kommission vom 30. Januar 2015 über die Genehmigung von zwei hocheffizienten Generatoren der Robert Bosch GmbH als innovative Technologie zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 26 vom 31.1.2015, S. 31).

⁽⁸⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2015/295 der Kommission vom 24. Februar 2015 über die Genehmigung des effizienten Generators MELCO GXi als innovative Technologie zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 53 vom 25.2.2015, S. 11).

⁽⁹⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2015/2280 der Kommission vom 7. Dezember 2015 über die Genehmigung des effizienten Generators DENSO als innovative Technologie zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 322 vom 8.12.2015, S. 64).

⁽¹⁰⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2016/588 der Kommission vom 14. April 2016 über die Genehmigung der in effizienten 12-Volt-Generatoren eingesetzten Technologie als innovative Technologie zur Verringerung der CO₂-Emissionen von Personenkraftwagen gemäß der Verordnung (EG) Nr. 443/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 101 vom 16.4.2016, S. 25).

⁽¹¹⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2018/1876 der Kommission vom 29. November 2018 über die Genehmigung der in effizienten 12-Volt-Generatoren für leichte Nutzfahrzeuge mit konventionellem Verbrennungsmotorantrieb verwendeten Technologie als innovative Technologie zur Verringerung der CO₂-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen gemäß der Verordnung (EU) Nr. 510/2011 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 306 vom 30.11.2018, S. 53).

⁽¹²⁾ Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission vom 18. Juli 2008 zur Durchführung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Reparatur- und Wartungsinformationen für Fahrzeuge (ABl. L 199 vom 28.7.2008, S. 1).

⁽¹³⁾ Verordnung (EU) 2017/1151 der Kommission vom 1. Juni 2017 zur Ergänzung der Verordnung (EG) Nr. 715/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Typgenehmigung von Kraftfahrzeugen hinsichtlich der Emissionen von leichten Personenkraftwagen und Nutzfahrzeugen (Euro 5 und Euro 6) und über den Zugang zu Fahrzeugreparatur- und -wartungsinformationen, zur Änderung der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates, der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission sowie der Verordnung (EU) Nr. 1230/2012 der Kommission sowie zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 692/2008 der Kommission (ABl. L 175 vom 7.7.2017, S. 1).

dadurch berücksichtigt werden können, dass der Wirkungsgrad des Generators mindestens fünfmal gemessen werden muss. Da der Wirkungsgrad von Generatoren auf der Grundlage des Durchschnitts der Messergebnisse bestimmt wird, können etwaige positive oder negative Auswirkungen des Einfahrens bei der endgültigen Bestimmung des Wirkungsgrads angemessen berücksichtigt werden, gegebenenfalls indem die Anzahl der Messungen erhöht wird. Vor diesem Hintergrund ist es nicht angemessen, die Prüfmethode, wie im Antrag vorgeschlagen wird, um ein zusätzliches spezielles Einfahrverfahren zu ergänzen.

- (8) Es ist ferner angezeigt, die Umwandlungswirkungsgrade auf dem Niveau der früheren Genehmigungsbeschlüsse zu halten, weil nicht nachgewiesen wurde, dass Generatoren mit einem geringeren Wirkungsgrad die Marktdurchdringungsanforderungen von Artikel 2 Absatz 2 Buchstabe a der Durchführungsverordnungen (EU) Nr. 725/2011 und (EU) Nr. 427/2014 erfüllen.
- (9) Unter Berücksichtigung der vorstehenden Erwägungen sollte die angepasste Prüfmethode als geeignet angesehen werden, um die durch die betreffende innovative Technologie erzielten CO₂-Einsparungen zu ermitteln.
- (10) Die Hersteller sollten die Möglichkeit haben, bei einer Typpgenehmigungsbehörde die Zertifizierung von CO₂-Einsparungen durch den Einsatz der Technologie in effizienten 12-Volt-Generatoren, die die in diesem Beschluss festgelegten Bedingungen erfüllt, zu beantragen. Zu diesem Zweck sollten die Hersteller sicherstellen, dass dem Zertifizierungsantrag ein Prüfbericht einer unabhängigen und zertifizierten Stelle beigelegt ist, in dem bestätigt wird, dass die im effizienten 12-Volt-Generator verwendete Technologie den in diesem Beschluss festgelegten Bedingungen entspricht und dass die Einsparungen nach der in diesem Beschluss dargelegten Prüfmethode ermittelt wurden.
- (11) Um den breiteren Einsatz von effizienten 12-Volt-Generatoren in neuen Fahrzeugen zu erleichtern, sollte ein Hersteller außerdem die Möglichkeit haben, die Zertifizierung der CO₂-Einsparungen von Fahrzeugen mit verschiedenen effizienten 12-Volt-Generatoren in einem einzigen Zertifizierungsantrag zu beantragen. Es empfiehlt sich jedoch sicherzustellen, dass, wenn von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht wird, automatisch Anreize dafür gegeben werden, dass nur die Generatoren mit dem höchsten Wirkungsgrad zum Einsatz kommen.
- (12) Es obliegt der Typpgenehmigungsbehörde, gründlich zu überprüfen, ob die Bedingungen für die Zertifizierung der CO₂-Einsparungen durch den Einsatz einer innovativen Technologie gemäß diesem Beschluss erfüllt sind. Wird die Zertifizierung erteilt, sollte die Typpgenehmigungsbehörde sicherstellen, dass alle für die Zertifizierung berücksichtigten Elemente in einem Prüfbericht festgehalten und zusammen mit dem Prüfbericht der unabhängigen Stelle aufbewahrt werden und dass diese Informationen der Kommission auf Anfrage zur Verfügung gestellt werden.
- (13) Für die Zwecke der Bestimmung des allgemeinen Ökoinnovationscodes, der in den betreffenden Typpgenehmigungsunterlagen gemäß den Anhängen I, VIII und IX der Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates ⁽¹⁴⁾ zu verwenden ist, muss der innovativen Technologie ein individueller Code zugewiesen werden.
- (14) Ab 2021 muss die Einhaltung der Zielvorgaben für die spezifischen CO₂-Emissionen durch die Hersteller auf der Grundlage der nach dem WLTP ermittelten CO₂-Emissionen festgestellt werden. CO₂-Einsparungen durch die nach diesem Beschluss zertifizierte innovative Technologie können daher ab dem Kalenderjahr 2021 bei der Berechnung der durchschnittlichen spezifischen CO₂-Emissionen der Hersteller berücksichtigt werden —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Innovative Technologie

Die in effizienten 12-Volt-Generatoren zur Umwandlung mechanischer Energie in elektrische Energie verwendete Technologie wird als innovative Technologie im Sinne von Artikel 11 der Verordnung (EU) 2019/631 genehmigt, wobei zu berücksichtigen ist, dass sie nicht von dem Standardprüfverfahren gemäß der Verordnung (EU) 2017/1151 erfasst wird, und sofern die innovative Technologie folgende Bedingungen erfüllt:

- a) sie ist in Personenkraftwagen (M1) bzw. leichte Nutzfahrzeuge (N1) mit Verbrennungsmotorantrieb eingebaut;

⁽¹⁴⁾ Richtlinie 2007/46/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 5. September 2007 zur Schaffung eines Rahmens für die Genehmigung von Kraftfahrzeugen und Kraftfahrzeuganhängern sowie von Systemen, Bauteilen und selbstständigen technischen Einheiten für diese Fahrzeuge (Rahmenrichtlinie) (ABl. L 263 vom 9.10.2007, S. 1).

- b) sie dient ausschließlich zum Aufladen der Fahrzeugbatterie und zur Stromversorgung der elektrischen Installation des Fahrzeugs bei laufendem Verbrennungsmotor;
- c) sie hat einen Wirkungsgrad, d. h. eine Umwandlungsrate von mechanischer in elektrische Energie, von mindestens:
 - i) 73,8 % bei Fahrzeugen mit Ottomotor ohne Turbolader;
 - ii) 73,4 % bei Fahrzeugen mit Ottomotor mit Turbolader;
 - iii) 74,2 % bei Fahrzeugen mit Dieselmotor.

Artikel 2

Antrag auf Zertifizierung von CO₂-Einsparungen

- (1) Ein Hersteller kann bei einer Typgenehmigungsbehörde unter Bezugnahme auf diesen Beschluss die Zertifizierung der CO₂-Einsparungen beantragen, die durch den Einsatz der gemäß Artikel 1 genehmigten Technologie (im Folgenden „Technologie“) in einem oder verschiedenen effizienten 12-Volt-Generatoren erzielt werden.
- (2) Der Hersteller stellt sicher, dass dem Zertifizierungsantrag ein Prüfbericht einer unabhängigen und zertifizierten Stelle beigelegt ist, in dem bestätigt wird, dass die in Artikel 1 genannten Bedingungen erfüllt sind.
- (3) Werden die Einsparungen gemäß Artikel 3 zertifiziert, so stellt der Hersteller sicher, dass die zertifizierten CO₂-Einsparungen und der in Artikel 4 Absatz 1 genannte Ökoinnovationscode in die Übereinstimmungsbescheinigungen der betreffenden Fahrzeuge eingetragen werden.

Artikel 3

Zertifizierung der CO₂-Einsparungen

- (1) Die Typgenehmigungsbehörde stellt sicher, dass die durch den Einsatz der innovativen Technologie erzielten CO₂-Einsparungen nach der im Anhang beschriebenen Methode ermittelt wurden.
- (2) Beantragt ein Hersteller für eine Fahrzeugversion die Zertifizierung der CO₂-Einsparungen durch den Einsatz der Technologie in mehr als einem effizienten 12-Volt-Generator, so ermittelt die Typgenehmigungsbehörde, welcher der geprüften effizienten 12-Volt-Generatoren die geringsten CO₂-Einsparungen erzielt. Dieser Wert ist für die Zwecke von Absatz 3 heranzuziehen.
- (3) Die Typgenehmigungsbehörde trägt die gemäß Absatz 1 oder 2 ermittelten zertifizierten CO₂-Einsparungen und den in Artikel 4 Absatz 1 genannten Ökoinnovationscode in die einschlägigen Typgenehmigungsunterlagen ein.
- (4) Die Typgenehmigungsbehörde hält alle bei der Zertifizierung berücksichtigten Elemente in einem Prüfbericht fest und bewahrt diesen Prüfbericht zusammen mit dem in Artikel 2 Absatz 2 genannten Prüfbericht auf und stellt der Kommission diese Informationen auf Anfrage zur Verfügung.
- (5) Die Typgenehmigungsbehörde zertifiziert CO₂-Einsparungen nur, wenn sie feststellt, dass die in dem effizienten 12-Volt-Generator bzw. den effizienten 12-Volt-Generatoren verwendete Technologie die in Artikel 1 genannten Bedingungen erfüllt, und wenn die erzielten CO₂-Einsparungen, wie in Artikel 9 Absatz 1 Buchstabe b der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 725/2011 für Personenkraftwagen bzw. der Durchführungsverordnung (EU) Nr. 427/2014 für leichte Nutzfahrzeuge festgelegt, mindestens 0,5 g CO₂/km betragen.

Artikel 4

Ökoinnovationscode

- (1) Der mit diesem Beschluss genehmigten innovativen Technologie wird der Ökoinnovationscode Nr. 29 zugewiesen.
- (2) Die mit Bezugnahme auf diesen Ökoinnovationscode zertifizierten CO₂-Einsparungen können ab dem Kalenderjahr 2021 bei der Berechnung der durchschnittlichen spezifischen Emissionen der Hersteller berücksichtigt werden.

*Artikel 5***Inkrafttreten**

Dieser Beschluss tritt am zwanzigsten Tag nach seiner Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Brüssel, den 6. Februar 2020

Für die Kommission
Die Präsidentin
Ursula VON DER LEYEN

ANHANG

Methode zur Ermittlung der CO₂-Einsparungen von effizienten 12-Volt-Generatoren in Personenkraftwagen und leichten Nutzfahrzeugen mit Verbrennungsmotorantrieb [Erfüllung der in Artikel 1 genannten Bedingungen unter Bezugnahme auf das weltweit harmonisierte Prüfverfahren für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge]

1. EINLEITUNG

Um die auf den Einsatz eines effizienten 12-Volt-Generators in einem Personenkraftwagen oder leichtem Nutzfahrzeug mit Verbrennungsmotorantrieb zurückzuführenden CO₂-Einsparungen ermitteln zu können, ist Folgendes festzulegen:

- (1) die Prüfbedingungen;
- (2) die Prüfgeräte,
- (3) das Verfahren zur Ermittlung der Gesamteffizienz;
- (4) das Verfahren zur Ermittlung der CO₂-Einsparungen;
- (5) das Verfahren zur Ermittlung der Unsicherheit der CO₂-Einsparungen.

2. SYMBOLE, PARAMETER UND EINHEITEN

Lateinische Symbole

C_{CO_2}	-	CO ₂ -Einsparungen [g CO ₂ /km]
CO ₂	-	Kohlendioxid
CF	-	Umrechnungsfaktor (l/100 km) - (g CO ₂ /km) [gCO ₂ /l] wie in Tabelle 3 definiert
h	-	Frequenz wie in Tabelle 1 definiert
I	-	Stromstärke, bei der die Messung durchzuführen ist [A]
m	-	Zahl der Messungen der Stichprobe
M	-	Drehmoment [Nm]
n	-	Drehzahl [min ⁻¹] wie in Tabelle 1 definiert
P	-	Leistung [W]
$s_{\eta_{EI}}$	-	Standardabweichung des Wirkungsgrads des ökoinnovativen Generators [%]
$S_{\overline{\eta_{EI}}}$	-	Standardabweichung des mittleren Wirkungsgrads des ökoinnovativen Generators [%]
$S_{C_{CO_2}}$	-	Standardabweichung der CO ₂ -Gesamteinsparungen [g CO ₂ /km]
U	-	Prüfspannung, bei der die Messung durchzuführen ist [V]
v	-	durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit des weltweit harmonisierten Prüfzyklus für Personenkraftwagen und leichte Nutzfahrzeuge (WLTC) [km/h]
V_{pe}	-	Tatsächlicher Energieverbrauch [l/kWh] wie in Tabelle 2 definiert
$\frac{\partial C_{CO_2}}{\partial \eta_{EI}}$	-	Sensitivität der berechneten CO ₂ -Einsparungen, bezogen auf den Wirkungsgrad des ökoinnovativen Generators

Griechische Symbole

Δ	-	Differenz
η	-	Wirkungsgrad des Vergleichsgenerators [%]
η_{EI}	-	Wirkungsgrad des effizienten Generators [%]
$\overline{\eta_{EI_i}}$	-	durchschnittlicher Wirkungsgrad des ökoinnovativen Generators am Betriebspunkt i [%]

Tiefgestellte Symbole

i bezieht sich auf den Betriebspunkt

j bezieht sich auf die Messung der Stichprobe

EI	-	ökoinnovativ
m	-	mechanisch
RW	-	reale Bedingungen
TA	-	Typgenehmigungsbedingungen
B	-	Vergleichswert

3. PRÜFBEDINGUNGEN

Die Prüfbedingungen müssen die Anforderungen der Norm ISO 8854:2012 ⁽¹⁾ erfüllen.

4. PRÜFGERÄTE

Die Prüfgeräte müssen den Spezifikationen der Norm ISO 8854:2012 entsprechen.

5. MESSUNGEN UND BESTIMMUNG DES WIRKUNGSGRADS

Der Wirkungsgrad des effizienten 12-Volt-Generators wird im Einklang mit ISO 8854:2012 bestimmt; eine Ausnahme stellen die in diesem Abschnitt dargestellten Elemente dar.

Die Messungen sind an unterschiedlichen Betriebspunkten i, wie in Tabelle 1 definiert, vorzunehmen. Die Stromstärke des Generators ist definiert als die halbe Nennstromstärke für alle Betriebspunkte. Für jede Drehzahl müssen Spannung und Ausgangsstromstärke des Generators konstant gehalten werden, die Spannung bei 14,3 V.

Tabelle 1

Betriebspunkt i	Haltezeit [s]	Drehzahl n _i [min ⁻¹]	Frequenz h _i
1	1 200	1 800	0,25
2	1 200	3 000	0,40
3	600	6 000	0,25
4	300	10 000	0,10

Der Wirkungsgrad wird nach Formel 1 berechnet.

Formel 1

$$\eta_{EI_i} = \frac{60 \cdot U_i \cdot I_i}{2\pi \cdot M_i \cdot n_i} \cdot 100$$

Alle Messungen des Wirkungsgrads werden mindestens fünf (5) Mal hintereinander ausgeführt. Zu berechnen ist der Durchschnitt der Messungen bei jedem Betriebspunkt (η_{EI_i}).

Der Wirkungsgrad des ökoinnovativen Generators (η_{EI}) wird nach Formel 2 berechnet.

⁽¹⁾ ISO 8854:2012 Straßenfahrzeuge – Drehstrom-Generatoren mit Regler — Prüfungen und allgemeine Anforderungen
Referenznummer ISO 8854:2012, veröffentlicht am 1. Juni 2012.

Formel 2

$$\eta_{EI} = \sum_{i=1}^4 h_i \cdot \overline{\eta_{EI_i}}$$

Der effiziente Generator führt zu einer Einsparung bei der mechanischen Leistung unter realen Bedingungen (ΔP_{mRW}) und unter Typgenehmigungsbedingungen (ΔP_{mTA}) wie in Formel 3 definiert.

Formel 3

$$\Delta P_m = \Delta P_{mRW} - \Delta P_{mTA}$$

Dabei werden die Einsparungen bei der mechanischen Leistung unter realen Bedingungen (ΔP_{mRW}) nach Formel 4 und die Einsparungen bei der mechanischen Leistung unter den Bedingungen der Typgenehmigung (ΔP_{mTA}) nach Formel 5 berechnet.

Formel 4

$$\Delta P_{mRW} = \frac{P_{RW}}{\eta_B} - \frac{P_{RW}}{\eta_{EI}}$$

Formel 5

$$\Delta P_{mTA} = \frac{P_{TA}}{\eta_B} - \frac{P_{TA}}{\eta_{EI}}$$

Dabei ist:

P_{RW} : Leistungsbedarf unter realen Fahrbedingungen [W]: 750 W

P_{TA} : Leistungsbedarf unter Typgenehmigungsbedingungen [W]: 350 W

η_B : Wirkungsgrad des Vergleichsgenerators [%]: 67 %

6. BERECHNUNG DER CO₂-EINSPARUNGEN

Die CO₂-Einsparungen des effizienten Generators sind nach Formel 6 zu berechnen:

Formel 6

$$C_{CO_2} = \Delta P_m \cdot \frac{V_{Pe} \cdot CF}{v}$$

Dabei ist:

v : die durchschnittliche Fahrgeschwindigkeit des WLTC [km/h]: 46,60 km/h

V_{Pe} : der in nachstehender Tabelle 2 spezifizierte tatsächliche Energieverbrauch:

Tabelle 2

Tatsächlicher Energieverbrauch

Motortyp	Tatsächlicher Energieverbrauch (V_{Pe}) [l/kWh]
Ottomotor	0,264
Turbo-Ottomotor	0,280
Diesel	0,220

CF: der in nachstehender Tabelle 3 spezifizierte Faktor:

Tabelle 3

Kraftstoffumrechnungsfaktor

Kraftstofftyp	Umrechnungsfaktor (l/100 km) — (g CO ₂ /km) (CF) [gCO ₂ /l]
Benzin	2 330
Diesel	2 640

7. BERECHNUNG DES STATISTISCHEN FEHLERS

Die statistischen Fehler bei den Ergebnissen der Prüfmethode aufgrund der Messungen werden quantifiziert. Für jeden Betriebspunkt wird die Standardabweichung nach Formel 7 berechnet:

Formel 7

$$s_{\bar{\eta}_{EI_i}} = \frac{s_{\eta_{EI_i}}}{\sqrt{m}} = \sqrt{\frac{\sum_{j=1}^m (\eta_{EI_{ij}} - \bar{\eta}_{EI_i})^2}{m(m-1)}}$$

Die Standardabweichung des Wirkungsgrads des effizienten Generators ($s_{\eta_{EI}}$) wird nach Formel 8 berechnet:

Formel 8

$$s_{\eta_{EI}} = \sqrt{\sum_{i=1}^4 (h_i \cdot s_{\bar{\eta}_{EI_i}})^2}$$

Die Standardabweichung des Wirkungsgrads des Generators ($s_{\eta_{EI}}$) führt zu einem Fehler bei den CO₂-Einsparungen ($s_{C_{CO_2}}$). Der Fehler wird nach Formel 9 berechnet:

Formel 9

$$s_{C_{CO_2}} = \sqrt{\left(\frac{\partial C_{CO_2}}{\partial \eta_{EI}} \cdot s_{\eta_{EI}}\right)^2} = \frac{(P_{RW} - P_{TA})}{\eta_{EI}^2} \cdot \frac{V_{Pe} \cdot CF}{v} \cdot s_{\eta_{EI}}$$

8. STATISTISCHE SIGNIFIKANZ

Für jeden Typ, jede Variante und jede Version eines Fahrzeugs, das mit dem effizienten Generator ausgestattet ist, ist nachzuweisen, dass der nach Formel 9 berechnete Fehler bei den CO₂-Einsparungen nicht größer ist als die Differenz zwischen den CO₂-Gesamteinsparungen und dem Schwellenwert für die Mindesteinsparungen gemäß Artikel 9 Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 725/2011 (vgl. Formel 10).

Formel 10

$$MT \leq C_{CO_2} - s_{C_{CO_2}} - \Delta CO_{2m}$$

Dabei ist:

- MT: Mindestschwellenwert [g CO₂/km];
- C_{CO₂}: CO₂-Gesamteinsparungen [g CO₂/km]
- S_{CO₂}: Standardabweichung der CO₂-Gesamteinsparungen [g CO₂/km]
- ΔCO_{2m}: CO₂-Korrekturkoeffizient, der sich aus der positiven Massendifferenz zwischen dem effizienten Generator und dem Vergleichsgenerator ergibt. ΔCO_{2m} wird nach Tabelle 4 berechnet:

Tabelle 4

CO ₂ -Korrekturkoeffizient infolge der zusätzlichen Masse	
Benzin (ΔCO _{2mP}) [g CO ₂ /km kg]	0,0277 • Δm
Diesel (ΔCO _{2mD}) [g CO ₂ /km kg]	0,0383 • Δm

In Tabelle 4 ist „Δm“ die zusätzliche Masse infolge des Einbaus des effizienten Generators. Sie ist die positive Differenz zwischen der Masse des effizienten Generators und der Masse des Vergleichsgenerators. Die Masse des Vergleichsgenerators beträgt 7 kg. Zur Bewertung der zusätzlichen Masse muss der Hersteller geprüfte Unterlagen an die Typgenehmigungsbehörde übergeben.

9. PRÜF- UND BEWERTUNGSBERICHT

Der Bericht umfasst

- Angaben zu Modell und Masse der geprüften Generatoren,
- Beschreibung des Prüfstands,
- Prüfergebnisse (Messwerte) und
- berechnete Ergebnisse und die entsprechenden Formeln.

10. DER EFFIZIENTE GENERATOR ZUM EINBAU IN FAHRZEUGE

Die Typgenehmigungsbehörde zertifiziert die CO₂-Einsparungen anhand von Messungen am effizienten Generator und am Vergleichsgenerator nach der in diesem Anhang festgelegten Prüfmethode. Liegen die CO₂-Emissionseinsparungen unterhalb des in Artikel 9 Absatz 1 angegebenen Schwellenwerts, so gilt Artikel 11 Absatz 2 der Verordnung (EU) Nr. 725/2011.

DURCHFÜHRUNGSBESCHLUSS (EU) 2020/175 DER KOMMISSION**vom 6. Februar 2020****zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 betreffend Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in bestimmten Mitgliedstaaten***(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen C(2020) 762)***(Text von Bedeutung für den EWR)**

DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION —

gestützt auf den Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union,

gestützt auf die Richtlinie 89/662/EWG des Rates vom 11. Dezember 1989 zur Regelung der veterinärrechtlichen Kontrollen im innergemeinschaftlichen Handel im Hinblick auf den gemeinsamen Binnenmarkt ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 9 Absatz 4,gestützt auf die Richtlinie 90/425/EWG des Rates vom 26. Juni 1990 zur Regelung der veterinärrechtlichen Kontrollen im Handel mit lebenden Tieren und Erzeugnissen innerhalb der Union im Hinblick auf den Binnenmarkt ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 10 Absatz 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2020/47 der Kommission ⁽³⁾ wurde erlassen, nachdem Ausbrüche der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in Geflügelhaltungsbetrieben in bestimmten Mitgliedstaaten festgestellt sowie von diesen Mitgliedstaaten Schutz- und Überwachungszonen gemäß der Richtlinie 2005/94/EG des Rates ⁽⁴⁾ abgegrenzt wurden.
- (2) Laut Durchführungsbeschluss (EU) 2020/47 müssen die von den in seinem Anhang genannten Mitgliedstaaten gemäß der Richtlinie 2005/94/EG abgegrenzten Schutz- und Überwachungszonen mindestens die in dem genannten Anhang als Schutz- bzw. Überwachungszonen aufgeführten Gebiete umfassen.
- (3) Nach Ausbrüchen der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 bei Geflügel in Polen und der Slowakei wurde der Anhang des Durchführungsbeschlusses 2020/47 kürzlich durch den Durchführungsbeschluss (EU) 2020/134 der Kommission ⁽⁵⁾ geändert, da sich diese Ausbrüche in dem genannten Anhang widerspiegeln müssen.
- (4) Seit dem Erlass des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/134 hat Polen der Kommission zusätzliche Ausbrüche der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in Geflügelhaltungsbetrieben in den Powiaten Wolsztyński und Raciborski außerhalb der derzeit im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 aufgeführten Gebiete gemeldet, und die zuständigen Behörden dieses Mitgliedstaats haben die gemäß der Richtlinie 2005/94/EG erforderlichen Maßnahmen ergriffen, einschließlich der Abgrenzung von Schutz- und Überwachungszonen um diese neuen Ausbrüche herum.
- (5) Die Kommission hat die von Polen gemäß der Richtlinie 2005/94/EG ergriffenen Maßnahmen geprüft und ist davon überzeugt, dass die Grenzen der von den zuständigen Behörden Polens festgelegten Schutz- und Überwachungszonen ausreichend weit von den Betrieben entfernt verlaufen, in denen die jüngsten Ausbrüche der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 bestätigt wurden.
- (6) Um unnötige Störungen des Handels innerhalb der Union zu verhindern und von Drittländern auferlegte ungerechtfertigte Hemmnisse für den Handel zu vermeiden, ist es notwendig, die neuen von Polen gemäß der Richtlinie 2005/94/EG abgegrenzten Schutz- und Überwachungszonen in Zusammenarbeit mit diesem Mitgliedstaat rasch auf Unionsebene auszuweisen. Daher sollten die im Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 für Polen aufgeführten Schutz- und Überwachungszonen geändert werden.

⁽¹⁾ ABl. L 395 vom 30.12.1989, S. 13.

⁽²⁾ ABl. L 224 vom 18.8.1990, S. 29.

⁽³⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2020/47 der Kommission vom 20. Januar 2020 betreffend Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L 16 vom 21.1.2020, S. 31).

⁽⁴⁾ Richtlinie 2005/94/EG des Rates vom 20. Dezember 2005 mit Gemeinschaftsmaßnahmen zur Bekämpfung der Aviären Influenza und zur Aufhebung der Richtlinie 92/40/EWG (ABl. L 10 vom 14.1.2006, S. 16).

⁽⁵⁾ Durchführungsbeschluss (EU) 2020/134 der Kommission vom 30. Januar 2020 zur Änderung des Anhangs des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 betreffend Maßnahmen zum Schutz vor der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 in bestimmten Mitgliedstaaten (ABl. L 27 vom 31.1.2020, S. 27).

- (7) Dementsprechend sollte der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 dahin gehend geändert werden, dass die Regionalisierung auf Unionsebene so aktualisiert wird, dass die gemäß der Richtlinie 2005/94/EG von Polen abgegrenzten neuen Schutz- und Überwachungszonen sowie die Dauer der dort geltenden Beschränkungen aufgenommen werden.
- (8) Der Durchführungsbeschluss (EU) 2020/47 sollte daher entsprechend geändert werden.
- (9) Angesichts der Dringlichkeit der Seuchenlage in der Union in Bezug auf die Ausbreitung der hochpathogenen Aviären Influenza des Subtyps H5N8 ist es wichtig, dass die mit dem vorliegenden Beschluss am Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 vorgenommenen Änderungen so bald wie möglich wirksam werden.
- (10) Die in diesem Beschluss vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel —

HAT FOLGENDEN BESCHLUSS ERLASSEN:

Artikel 1

Der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 erhält die Fassung des Anhangs des vorliegenden Beschlusses.

Artikel 2

Dieser Beschluss ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 6. Februar 2020

Für die Kommission
Stella KYRIAKIDES
Mitglied der Kommission

—

ANHANG

Der Anhang des Durchführungsbeschlusses (EU) 2020/47 erhält folgende Fassung:

„ANHANG

TEIL A

Schutzzonen gemäß den Artikeln 1 und 2 in den betroffenen Mitgliedstaaten:

Mitgliedstaat: Tschechien

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 29 Absatz 1 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Region Vysočina:	
Borovec (763446), Dolní Čepí (773514), Horní Čepí (773522), Kozlov u Lesoňovic (680257), Lískovec u Nedvědice (773557), Olešnička (763454), Štěpánov nad Svratkou (763462), Švařec (669601), Ujčov (773565), Vrtěžř (763471)	10.2.2020

Mitgliedstaat: Ungarn

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 29 Absatz 1 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Komárom-Esztergom megye:	
Ács és Bábolna települések közigazgatási területeinek a 47.687049 és a 17.989846, a 47.690195 és a 17.995825, valamint a 47.686220 és a 17.987319 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területei	17.2.2020
Hajdú-Bihar megye:	
Kokad és Létavértes települések közigazgatási területeinek a 47.387114 és a 21.9118493 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területei	8.2.2020

Mitgliedstaat: Slowakei

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 29 Absatz 1 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Region Nitra:	
Gemeinden: Zbehy, Čajakovce	30.1.2020
Region Trnava:	
Gemeinde: Cífer	10.2.2020
Region Pezinok:	
Gemeinde: Jablonec	10.2.2020
Region Čadca:	
Gemeinden: Stará Bystrica, Radôstka	18.2.2020

Mitgliedstaat: Polen

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 29 Absatz 1 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
W województwie lubelskim, w powiecie lubartowskim:	
W gminie Uścimów miejscowości: Stary Uścimów, Nowy Uścimów, Drozdówka, Głębokie, Maśluchy, Orzechów Kolonia; Nowy Orzechów, Stary Orzechów	29.1.2020
W województwie lubelskim, w powiecie krasnostawskim:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. W gminie Izbica miejscowości: Wólka Orłowska, Topola, Orłów Drewniany, Orłów Drewniany Kolonia, Wał, Dworzyska, część miejscowości Izbica położona na północ od ulic Stokowej, Cichej, Targowej i Gminnej, północno – wschodnia część miejscowości Tarnogóra położona na wschód od rzeki Wieprz, część miejscowości Romanów położona na wschód od drogi 2141L; 2. W gminie Krasnystaw miejscowości: Latyczów, Małochwiej Mały; 3. W gminie Żółkiewka miejscowości: Borówek, Borówek Kolonia, Makowiska, Olchowiec Wieś, Olchowiec Kolonia, Poperczyn, Wola Żółkiewska; 4. W gminie Gorzków miejscowości: Czysta Dębina, Borów. 	29.1.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie ostrowskim:	
Część gmin Ostrów Wielkopolski i Przygodzice ograniczone: od północy od przejazdu kolejowego na ulicy Gorzyckiej w Ostrowie Wielkopolskim, dalej ulicą Gorzycką w kierunku zachodnim do kościoła w miejscowości Gorzyce Wielkie. W kierunku południowym mijając od wschodu wsie Radziwiłłów do miejscowości Gorzyce Małe. Następnie do drogi nr 445 i ciekim wodnym przez las i niezamieszkałą część ulicy Kwiatowej w miejscowości Tarchały Wielkie. Następnie na wschód ulicą długą w miejscowości Topola Wielka do miejscowości Janków Przygodzki wzdłuż ulicy Długiej do skrzyżowania z ulicą Zębcowską. Na północ wzdłuż ulicy Zębcowskiej w Jankowie Przygodzkim do ulicy Staroprzygodzkiej w Ostrowie Wielkopolskim. Wzdłuż ulicy Staroprzygodzkiej do ulicy Siewnej, następnie na północny zachód ulicą Długą w miejscowości Ostrów Wielkopolski do ulicy Krętej, dalej wzdłuż ulicy Krętej i dalej ulicy Bocznej do przejazdu kolejowego na ulicy Gorzyckiej w miejscowości Ostrów Wielkopolski.	26.1.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie ostrowskim:	
W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowości: Słaborowice, Lewków, Szczury, Kwiatków, Kołatajew, Franklinów, Młynów, Będzieszyn, Michałków, Czekanów	8.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie ostrowskim:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowość: Wysocko Wielkie 2. W gminie Przygodzice miejscowości: Janków Przygodzki, Przygodzice, Wysocko Małe 	8.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie ostrowskim:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. W gminie Raszków miejscowości: Rąbczyn, Jelitów, Jaskółki, Radłów, południowa część miejscowości Przybysławice od numeru 144 do nr 35 2. W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowości: Zacharzew, Lamki, Zalesie, Świeligów 3. Część północno - zachodnia miasta Ostrów Wielkopolski od ulicy Miodowej nr 5, Radłowskiej 65 przez ulice Profesora Jachimka, Przymiejską, Krotoszyńską, Owsianą do ulicy Topolowej 62 	13.2.2020
W województwie wielkopolskim w powiecie wolsztyńskim:	
1. W gminie Wolsztyn miejscowości: Berzyna, Stary Widzim Piekiełko, Adamowo Piekiełko, Kębłowo Kolonia, część miejscowości Niałek Wielki położona na południe od drogi nr 32	20.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 29 Absatz 1 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
W województwie wielkopolskim, w powiecie kolskim:	
1. W gminie Olszówka miejscowości: Drzewce, Młynik, Łubianka, Ostrów Kolonia, Adamin, 2. W gminie Dąbie miejscowości: Tarnówka Wiesiołowska, Baranowiec, Tarnówka, Zalesie	5.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie szamotulskim	
W gminie Ostroróg miejscowości: Zapust, Wielonek, Klemensowo, Rudki Huby, Ostroróg	15.2.2020
W województwie wielkopolskim w powiecie wolsztyńskim:	
1. W gminie Wolsztyn miejscowości: Berzyna, Stary Widzim Piekiełko, Adamowo Piekiełko, Kębłowo Kolonia, część miejscowości Niałek Wielki położona na południe od drogi nr 32	20.2.2020
W województwie zachodniopomorskim w powiecie myśliborskim:	
1. W gminie Myślibórz miejscowości: Rościn, Rościnko, Rokiczenko, Gryżyno, Dąbrowa-osada, Nawrocko, Iłowo, Wrzelewo, Pszczelnik; 2. W gminie Dębno miejscowość: Junczewo	8.2.2020
W województwie dolnośląskim w powiatach legnickim i złotoryjskim:	
1. W powiecie legnickim w gminie Chojnów miejscowości: Strupice, Budziwojów, Dzwonów, Gołocin, Pawlikowice; 2. W powiecie złotoryjskim w gminie Zagrodno miejscowość: Brochocin; 3. W powiecie złotoryjskim w gminie Złotoryja miejscowości: Podolany, Kolonia Kwiatów m. Lubiatów,	9.2.2020
W województwie warmińsko – mazurskim w powiecie iławskim	
W gminie Zalewo: Rąbity, Międzychód, Zatyki, Surbajny, Koziny, Kupin, Rudnia	20.2.2020
W województwie śląskim w powiecie raciborskim:	
W gminie Kuźnia Raciborska, miejscowości: Ruda Kozielska, część miejscowości Rudy położona na zachód od drogi nr 919	20.2.2020

Mitgliedstaat: Rumänien

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 29 Absatz 1 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Județul Maramureș	
Oraș Seini Oraș Seini - localitatea Săbișa	13.2.2020
Județul Satu Mare	
Comuna Pomi, localitatea Pomi	13.2.2020

TEIL B

Überwachungszonen gemäß den Artikeln 1 und 3 in den betroffenen Mitgliedstaaten:

Mitgliedstaat: Tschechien

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Region Vysočina:	
Blažejovice u Rozsoch (742414), Bolešín (781037), Bor u Nedvědice (747114), Bratrušín (617008), Brťoví (733407), Bukov na Moravě (615757), Bystřice nad Pernštejnem (616958), Býšovec (617211), Čtyři Dvory (733415), Dolní Rožínka (630098), Domanín u Bystřice nad Pernštejnem (630616), Domanínek (617075), Dvořiště u Bystřice nad Pernštejnem (616982), Hluboké u Dalečína (624471), Horní Rožínka (643980), Hrdá Ves (782483), Chlébské (748498), Chlum (651605), Jabloňov (781363), Josefov u Rožné (742881), Karasín (794970), Kobylnice nad Svratkou (669580), Korouhvice (651613), Koroužné (669598), Kovářová (773549), Lesoňovice (680265), Malé Tresné (741981), Milasín (615765), Moravecké Pavlovice (698571), Pivonice u Lesoňovic (680273), Prosetín u Bystřice nad Pernštejnem (733423), Rodkov (630110), Rovečné (741990), Rozsochy (742431), Rožná (742899), Sejřek (747131), Skorotice (748501), Smrček (617229), Střítež u Bukova (615773), Věchnov (777544), Velké Tresné (742007), Věstín (781045), Věstínek (781053), Věžná na Moravě (781380), Vír (782491), Vojetín u Rozsoch (742449), Zlatkov (742902), Ždánice u Bystřice nad Pernštejnem (794988)	17.2.2020
Borovec (763446), Dolní Čepí (773514), Horní Čepí (773522), Kozlov u Lesoňovic (680257), Lískovec u Nedvědice (773557), Olešnička (763454), Štěpánov nad Svratkou (763462), Švařec (669601), Ujčov (773565), Vrtěžř (763471)	11.2.2020 – 17.2.2020
Region Südmähren:	
Bedřichov (601373), Běleč u Lomnice (601918), Brumov u Lomnice (613053), Crhov u Olešnice (617920), Černovice u Kunštátu (620602), Černvív (620661), Doubravník (631388), Hluboké u Kunštátu (639672), Hodonín u Kunštátu (640409), Klokočí u Olší (711128), Křepťov (601926), Křížovice (676675), Křténov u Olešnice (676691), Lhota u Olešnice (681202), Louka (687189), Maňová (719358), Nedvědice pod Pernštejnem (702307), Ochoz u Tišnova (709441), Olešnice na Moravě (710415) – část katastrálního území západně od komunikace č. 362 (ul. Rovečínská-Generála Čápka), Olší u Tišnova (711144), Osiky (713112), Pernštejn (702315), Rakové (711152), Rozseč nad Kunšátem (742317), Strhaře (756881), Synalov (761753), Tasovice (765112)	17.2.2020

Mitgliedstaat: Ungarn

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Komárom-Esztergom megye:	
Bana, Bábolna, Csém, Kisigmánd, Komárom, Mocsá, Nagyigmánd és Tárkány települések közigazgatási területének a 47.687049 és a 17.989846, a 47.690195 és a 17.995825, valamint a 47.686220 és a 17.987319 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú kör által határolt területen belül és a védőkörzeten kívül eső területei	26.2.2020
Ács és Bábolna települések közigazgatási területeinek a 47.687049 és a 17.989846, a 47.690195 és a 17.995825, valamint a 47.686220 és a 17.987319 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területei	18.2.2020 – 26.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Győr-Moson-Sopron megye:	
Bőny, Nagyszentjános és Rétalap települések közigazgatási területeinek a 47.687049 és a 17.989846 valamint 47.690195 és 17.995825 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül eső területei	26.2.2020
Hajdú-Bihar megye:	
Álmosd, Bagamér, Monostorpályi, Pocsaj, Újléta és Vámospercs és települések közigazgatási területeinek a 47.387114 és a 21.9118493 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 10 km sugarú körön belül és a védőkörzeten kívül eső területei	17.2.2020
Kokad és Létavértes települések közigazgatási területeinek a 47.387114 és a 21.9118493 GPS-koordináták által meghatározott pont körüli 3 km sugarú körön belül eső területei	9.2.2020 – 17.2.2020

Mitgliedstaat: Slowakei

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Region Nitra:	
Gemeinden in der Region Nitra: Čab, Nové Sady, Malé Zálužie, Kapince, Šurianky, Hruboňovo, Jelšovce, Ľudovítová, Výčapy-Opatovce, Podhorany, Lužianky, Lehota, Alekšince, Lukáčovce, Rišňovce Teile der Stadt Nitra: Dražovce, Zobor, Chrenová, Kynek	8.2.2020
Gemeinden in der Region Nitra: Der Teil Nová Stráž der Stadt Komárno, ein Teil der Gemeinde Žitná na Ostrove	26.2.2020
Gemeinden: Zbehy, Čajakovce	31.1.2020 – 8.2.2020
Region Topoľčany:	
Gemeinde: Koniarovce	8.2.2020
Region Trnava:	
Gemeinde: Cífer	11.2.2020 – 17.2.2020
Gemeinden: Stadt Trnava, Hrnčiarovce nad Parnou, Zeleneč, Biely Kostol, Ružindol, Zvončín, Suchá nad Parnou, Borová, Voderady, Slovenská Nová Ves, Pavlice	17.2.2020
Region Senec:	
Gemeinden: Blatné, Kaplná, Igram, Čataj	17.2.2020
Region Pezinok:	
Gemeinde: Jablonec	11.2.2020 – 17.2.2020
Gemeinden: Báhoň, Štefanová, Budmerice, Vištuk, Šenkvice	17.2.2020
Region Galanta:	
Gemeinde: Veľký Grob	19.2.2020
Region Čadca:	
Gemeinden: Stará Bystrica, Radóška, Vychylovka	19.2.2020 – 27.2.2020
Gemeinden: Klubina, Zborov nad Bystricou, Krásno nad Kysucou, Nová Bystrica, Dunajov	27.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Region Žilina:	
Gemeinde: Lutiše, Horná Tižiná	27.2.2020
Region Kysucké Nové Mesto:	
Gemeinde: Lodno, ein Teil der Gemeinden: Kysucký Lieskovec, Horný Vadičov	27.2.2020

Mitgliedstaat: Polen

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
W województwie lubelskim, w powiatach: lubartowskim, łączyńskim, parczewskim, włodawskim:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. W powiecie lubartowskim w gminie Uścimów miejscowości: Krasne, Nowa Jedlanka, Ochoża, Rudka Starościańska, Stara Jedlanka; 2. W powiecie lubartowskim w gminie Ostrów Lubelski miejscowości: Ostrów Lubelski, Bójki, Jamy, Kolechowice, Kolechowice Folwark; Kolechowice Kolonia, Rozkopaczew, Rudka Kijańska; 3. W powiecie łączyńskim w gminie Ludwin miejscowości: Dratów Kolonia, Jagodno, Krzczeń, Piaseczno, Rogóżno, Rozplucie Pierwsze, Rozplucie Drugie; 4. W powiecie parczewskim w gminie Sosnowica miejscowości: Stary Orzechów, Nowy Orzechów, Lejno, Komarówka, Zienki, Górki, Sosnowica, Libiszów, Bohutyn, Lipniak, Pasieka, Zbój—no; 5. W powiecie parczewskim w gminie Dębowa Kłoda miejscowości: Białka, Makoszka, Uhnin, 6. W powiecie parczewskim w gminie Parczew: miejscowości: Babianka, Tyśmienica; 7. W powiecie włodawskim w gminie Urszulin: miejscowości: Jamniki, Łomnica, Zawadówka 	7.2.2020
W województwie lubelskim, w powiecie lubartowskim:	
W gminie Uścimów miejscowości: Stary Uścimów, Nowy Uścimów, Drozdówka, Głębokie, Maśluchy, Orzechów Kolonia, Nowy Orzechów, Stary Orzechów	30.1.2020 – 7.2.2020
W województwie lubelskim, w powiatach: krasnostawskim, zamojskim	
<ol style="list-style-type: none"> 1. W powiecie krasnostawskim miasto Krasnystaw; 2. W powiecie krasnostawskim w gminie Gorzków miejscowości: Piaski Szlacheckie, Widniówka; 3. W powiecie krasnostawskim gmina Izbica (bez obszaru zapowietrzonego); 4. W powiecie krasnostawskim w gminie Krasnystaw miejscowości: Białka, Łany, Małochwiej Duży, Niemienice, Niemienice Kolonia, Siennica Nadolna, Tuligłowy, Rońsko, Widniówka, Zastawie Kolonia, Zażółkiew; 5. W powiecie krasnostawskim w gminie Krańciczyn miejscowości: Anielpol, Brzeziny, Czajki, Franciszków, Majdan Surhowski, Łukaszówka, Surhów, Surhów Kolonia; 6. W powiecie krasnostawskim w gminie Siennica Różana miejscowości: Rudka, Siennica Królewska Duża; 7. W powiecie zamojskim w gminie Skierbieszów miejscowości: Kalinówka, Kolonia Wiszenki, Wiszenki, Zabytów; 8. W powiecie zamojskim w gminie Stary Zamość miejscowości: Krasne, Majdan Sitanecki, Podkrasne, Podstary Zamość, Stary Zamość, Wierzba Druga. 	7.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
W województwie lubelskim, w powiecie krasnostawskim:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. W gminie Izbica miejscowości: Wólka Orłowska, Topola, Orłów Drewniany, Orłów Drewniany Kolonia, Wał, Dworzyska, część miejscowości Izbica położona na północ od ulic Stokowej, Cichej, Targowej i Gminnej, północno – wschodnia część miejscowości Tarnogóra położona na wschód od rzeki Wieprz, część miejscowości Romanów położona na wschód od drogi 2141L; 2. W gminie Krasnystaw miejscowości: Latyczów, Małochwiej Mały; 3. W gminie Żółkiewka miejscowości: Borówek, Borówek Kolonia, Makowiska, Olchowiec Wieś, Olchowiec Kolonia, Poperczyn, Wola Żółkiewska; 4. W gminie Gorzków miejscowości: Czysta Dębina, Borów. 	30.1.2020 – 7.2.2020
W województwie lubelskim, w powiatach: krasnostawskim, lubelskim, świdnickim	
<ol style="list-style-type: none"> 1. W powiecie krasnostawskim w gminie Żółkiewka miejscowości: Dąbie, Dąbie Kolonia, Tokarówka, Celin, Siniec, Adamówka, Makowiska Małe, Żółkiewka, Rożki, Rożki Kolonia, Huta, Żółkiew Wieś, Żółkiew Kolonia, Zaburze, Zaburze Kolonia, Markiewiczów, Gany, Koszarsko, Chruściechów, Majdan Wierzchowiński, Wierzchowin, Chłaniów, Chłaniów Kolonia, Średnia Wieś, Władysławin; 2. W powiecie krasnostawskim w gminie Rudnik: Majdan Borowski Pierwszy, Majdan Borowski Drugi, Suszeń, Joanin, Potasznia, Majdan Średni, Majdan Kobyłański, Majdan Łuczycki, Majdan Borowski, Suche Lipie, Rudnik, Równianki, Wierzbica, Wierzbica Kolonia, Międzyzlas, Mościska Kolonia, Mościska, Płonka, Maszów, Romanówek, Bzowiec, Kaszuby; 3. W powiecie krasnostawskim w gminie Gorzków miejscowości: Antoniówka, Bogusław, Orchowiec, Kolonia Orchowiec, Bobrowe, Felicjan, Baranica, Wielkopole, Zamostek, Gorzków, Gorzków Wieś, Gorzków Osada, Piaski Szlacheckie, Chorupnik, Chorupnik Kolonia, Borsuk, Józefów, Czysta Debina Kolonia, Borów Kolonia, Góry, Olesin, Wielobycz, Wiśniów; 4. W powiecie krasnostawskim w gminie Izbica miejscowości: Bobliwo, Wirkowice Drugie; 5. W powiecie lubelskim w gminie Krzczonów miejscowości: Sobieska Wola Pierwsza, Sobieska Wola Druga; 6. W powiecie lubelskim w gminie Wysokie miejscowość: Antoniówka; 7. W powiecie świdnickim w gminie Rybczewice miejscowości: Bazar, Częstoborowice, Izdebno, Izdebno Kolonia, Pilaszkowice Pierwsze, Pilaszkowice Drugie, Zygmuntów. 	7.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie ostrowskim:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. Pozostała część gminy Przygodzice bez obszaru zapowietrzonego, 2. Pozostała część gminy Ostrów Wielkopolski bez obszaru zapowietrzonego, 3. gmina Raszków, 4. gmina Odolanów. 	4.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie ostrowskim:	
<ol style="list-style-type: none"> 1. W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowości: Sobótka, Borowiec, Gutów, Górzeńko, Górzno, Biniew, Szczury, Kwiatków, Lewkowiec, Stary Staw, Karski, Ostrów Wielkopolski, Wtórek, Sadowie, Nowe Kamienice, Wysocko Wielkie, Smardowskie Olendry 2. W gminie Raszków miejscowości: Grudzielec, Nowy Grudzielec, Korytnica, Szczurawice, 3. W gminie Nowe Skalmierzyce miejscowości: Pawłówek, Gałązki Wielkie, Kotowiecko, Żakowice, Głóski, Droszew, Gałązki Małe, Trkusów, Miedzianów, Boczków, Kurów, Kościuszków, Gniazdów, Fabian, Ociąż, Skalmierzyce, Śliwniki, Nowe Skalmierzyce, Biskupice Ołoboczne, Bilczew 4. W gminie Sieroszewice miejscowości: Latowice, Latowice-Kęszyce, Parczew, Bibianki 5. W gminie Przygodzice miejscowości: Topola Osiedle, Strugi, Trzcieliny, Szukdlarka, Dębica, Olendry, Smardów, Bogułałów, Chynowa, Chynowa Lipie, Klady, Opłotki; 	17.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
6. W gminie Odolanów miejscowości: Chujary, Pustkowie, Gorzyce Małe, Egipt, Madera I, Parcele, Harych, Zieluchowiec, Chałupki, Huta, Żuraw, Szmata, Nadstawki, Grochowiska, Papiernia 7. W gminie Sieroszewice miejscowości: Parczew, Westrza, Zmysłona 8. W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowości: Sadowie, Smardowskie Olendry, Nowe Kamienice, Wtórek, Trąba, Kąkolewo, Bagatela, Czekanów, Baby, Michałków, Gręblów, Madera II, Biedrusko,	
Część gmin Ostrów Wielkopolski i Przygodzice odgraniczone: od północy od przejazdu kolejowego na ulicy Gorzyckiej w Ostrowie Wielkopolskim, dalej ulicą Gorzycką w kierunku zachodnim do kościoła w miejscowości Gorzyce Wielkie. W kierunku południowym mijając od wschodu wieś Radziwiłłów do miejscowości Gorzyce Małe. Następnie do drogi nr 445 i ciekim wodnym przez las i niezamieszkałą część ulicy Kwiatowej w miejscowości Tarchały Wielkie. Następnie na wschód ulicą długą w miejscowości Topola Wielka do miejscowości Janków Przygodzki wzdłuż ulicy Długiej do skrzyżowania z ulicą Zębcowską. Na północ wzdłuż ulicy Zębcowskiej w Jankowie Przygodzkim do ulicy Staroprzygodzkiej w Ostrowie Wielkopolskim. Wzdłuż ulicy Staroprzygodzkiej do ulicy Siewnej, następnie na północny zachód ulicą Długą w miejscowości Ostrów Wielkopolski do ulicy Krętej, dalej wzdłuż ulicy Krętej i dalej ulicy Bocznej do przejazdu kolejowego na ulicy Gorzyckiej w miejscowości Ostrów Wielkopolski.	26.1.2020 – 4.2.2020
W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowości: Słaborowice, Lewków, Szczury, Kwiatków, Kołatajew, Franklinów, Młynów, Będzieszyn, Michałków, Czekanów	9.2.2020 – 17.2.2020
1. W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowość: Wysocko Wielkie 2. W gminie Przygodzice miejscowości: Janków Przygocki, Przygodzice, Wysocko Małe	9.2.2020 – 17.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie ostrowskim:	
1. W gminie Raszków miejscowości: Rąbczyn, Jelitów, Jaskółki, Radłów, południowa część miejscowości Przybysławice od numeru 144 do nr 35 2. W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowości: Zacharzew, Lamki, Zalesie, Świeligów 3. Część północno - zachodnia miasta Ostrów Wielkopolski od ulicy Miodowej nr 5, Radłowskiej 65 przez ulice Profesora Jachimka, Przymiejską, Krotoszyńską, Owsianą do ulicy Topolowej 62	14.2.2020 – 23.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiatach ostrowskim i krotoszyńskim:	
W powiecie ostrowskim: 1. W gminie Raszków miejscowości: Rąbczyn, Raszków, Pogrzybów, Głogowa, Skrzebowa, Moszczanka, Biniew, Bieganin, Szczurawice, Walentynów, Niemojewiec, Janków Zalesny, Sulisław, pozostała część miejscowości Przybysławice poza obszarem zapowietrzonym, południowa część miejscowości Korytnica do ulicy Jarocińskiej 6; 2. W gminie Ostrów Wielkopolski miejscowości: Łakociny, Daniszyn, Gorzyce Wielkie, Radziwiłłów, Topola Mała, Słaborowice, Franklinów, Lewków, Szczury, Wysocko Wielkie, Cegły, Kołatajew, Karski, Stary Staw, Mazury- część wschodnia do numeru 8, Czekanów- zachodnia część od ulicy Kaliskiej 12, Kwiatków- zachodnia część od numeru 7A 3. Pozostała część miasta Ostrów Wielkopolski poza obszarem zapowietrzonym 4. W gminie Przygodzice miejscowości: Topola Wielka, Topola Osiedle, Janków Przygodzki, Wysocko Małe 5. W gminie Odolanów miejscowości: Nabyszyce, Wierzbno, Tarchały Wielkie, Tarchały Małe, Gorzyce Małe W powiecie krotoszyńskim: W gminie Krotoszyn miejscowości: Baszyny, Ugrzele, Janów, Orpizew, Świnków	23.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
W województwie wielkopolskim, w powiecie kolskim:	
1. W gminie Olszówka miejscowości: Drzewce, Młynik, Łubianka, Ostrów Kolonia, Adamin; 2. W gminie Dąbie miejscowości: Tarnówka Wiesiołowska, Baranowiec, Tarnówka, Zalesie	6.2.2020 – 14.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie kolskim:	
1. W gminie Koło miejscowość: Przybyłów, Skobielice; 2. W gminie Olszówka miejscowości: Zawadka, Krzewata, Przybyszew, Nowa Wioska, Grabina, Dębowiczki, Mniewo, Ponętów Górny Pierwszy, Ponętów Górny Drugi, Szczepanów, Tomaszew, Głębokie, Olszówka, Umień, Żłota; 3. W gminie Kłodawa miejscowości: Górki, Podgajew, 4. W gminie Dąbie miejscowości: Rośle, Lisice, Krzewo, Karszew, Kupinin, Wiesiołów, Domanin, Cichmiana, Chruścin, Augustynów, Krzykosy, Bród, Lutomirów, Gaj, Rzuchów, Majdany, Ladorudz, Grabina Mała, Chełmno Parcele, Chełmno, Grabina Wielka, Sobótka, Dąbie; 5. W gminie Grzegorzew miejscowości: Ladorudzek, Ponętów Dolny, Grodna, Tarnówka;	14.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie szamotulskim:	
W gminie Ostroróg miejscowości: Zapust, Wielonek, Klemensowo, Rudki Huby, Ostroróg	16.2.2020 – 25.2.2020.
W województwie wielkopolskim, w powiecie szamotulskim:	
1. W gminie Kazmierz miejscowości: Sokolniki Wielkie, Sokolniki Małe, Wierzchaczewo; 2. W gminie Ostroróg miejscowości: Bobulczyn, Oporowo, Kluczewo, Kluczewo Huby, Szczepankowo, Karolewo, Rudki, Piaskowo, Forestowo, Bielejewo, Binino, Dobrojewo; 3. W gminie Obrzycko miejscowości: Gaj Mały, Karolin, Pęckowo, Ordzin, Koźmin, Dobrogostowo, Lizbona; 4. W gminie Pniewy miejscowości: Przystanki, Dębina, Buszewko, Buszewo, Dęborzyce, Mielno, Szymanowo, Zajączkowo, Psarski, Nojewo, Psarki, Nosalewo 5. W gminie Wronki miejscowości: Samołęż, Nowa Wieś, Huby Oporowo, Marianowo, Wierzchocin, Głuchowo 6. W gminie Szamotuły miejscowości: Czyściec, Krzeszkowice, Kamionka, Otorowo, Lipnickie Huby, Lipnica, Brodziszewo, Emilianowo, Gałowo, Jastrowo, Ostrolesie, Koźle, Śmiłowo, Szamotuły	25.2.2020
W województwie wielkopolskim, w powiecie międzychodzkiem	
W gminie Chrzypsko Wielkie miejscowość Orle Wielkie	25.2.2020
W województwie wielkopolskim w powiecie wolsztyńskim:	
W gminie Wolsztyn miejscowości: Berzyna, Stary Widzim Piekiełko, Adamowo Piekiełko, Kębłowo Kolonia, część miejscowości Niałek Wielki położona na południe od drogi nr 32	21.2.2020 – 29.2.2020
W województwie wielkopolskim w powiatach wolsztyńskim i grodziskim:	
W powiecie wolsztyńskim:	
1. W gminie Wolsztyn miejscowości: Stary Widzim, Świętno, Stradyń, Obra, Wroniawy, Stara Dąbrowa, Adamowo, Gościeszyn, Błocko, Tłoki, Wolsztyn, Karpicko, Nowe Tłoki, Chorzemin, Powodowo, Nowa Obra, Nowa Dąbrowa, Krutla, Nowy Młyn, Zdrogowo, Świętno, część miejscowości Niałek Wielki położona na północ od drogi nr 32; 2. W gminie Przemęt miejscowości: Solec, Solec Nowy, Mochy; 3. W gminie Siedlec miejscowości: Jaromierz, Jażyniec, Kielkowo, Żodyń, Siedlec, Kiełpiny Kolonia	29.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
W powiecie grodziskim: W gminie Rakoniewice miejscowości: Głodno, Cegielsko Adolfowo, Łąkie, część miejscowości Rostarzewo położona na zachód od ulic Topolowej i Ogrodowej	
W województwie lubuskim w powiecie zielonogórskim	
W gminie Kargowa miejscowości: Obra Dolna, Nowy Jaromierz	29.2.2020
W województwie łódzkim, w powiatach łęczyckim, poddębickim:	
1. W powiecie łęczyckim w gminie Świnice Warckie miejscowości: Chęciny, Chorzeplin, Chorzepinek, Chorzepinek, Chwalborzyce, Góry Chwalborskie, Hektary, Kaznów, Kaznówek, Kozanki Podleśne, Kraski, Miniszew, Odrada, Polusin, Wyganów, Wylazłów, Zbylczyce; 2. W powiecie łęczyckim w gminie Grabów miejscowości: Besiekiery, Besiekiery-Kolonia, Biała Góra, Bugaj, Bujak, Byszew, Byszew-Parcele, Celinów, Ciasna, Goszczędza, Goszczędza-Parcele, Grabinka, Grabów-Cegielnia, Grabów-Dwór, Jamy, Janów, Jastrzębia, Kadzidłowa, Kadzidłowa-Adamów, Kadzidłowa-Borki, Kadzidłowa-Brzezinka, Kadzidłowa-Grabinka, Kadzidłowa-Karolewo, Kępina, Kobyle, Kontrowers, Kotowice, Leszno, Osiny, Ostrówek, Ostrówek-Kolonia, Pieczew, Pieczew Poduchowny, Pokrzywnia, Polamy, Probostwo, Pruchyniec, Rybnik, Smardzew, Smardzew-Osada, Stanisławki, Zachciałki, Żrebięta; 3. W powiecie poddębickim w gminie Uniejów miejscowości: Brzozówka, Czepów, Czepów Górny, Czepów Średni, Grodzisko, Jaszczurów, Kozia nóżka, Lekaszyn, Osina, Roźniatów, Roźniatów-Kolonia, Sachalina, Skotniki, Wilamów, Wilamówka, Żabieniec	14.2.2020
W województwie zachodniopomorskim w powiecie myśliborskim:	
1. W gminie Myślibórz miejscowości: Rościn, Rościnko, Rokicienko, Gryżyno, Dąbrowa-osada, Nawrocko, Iłowo, Wrzelewo, Pszczelnik; 2. W gminie Dębno miejscowość: Junczewo	9.2.2020 – 17.2.2020
W województwie zachodniopomorskim w powiatach myśliborskim i gryfińskim:	
1. W powiecie myśliborskim w gminie Myślibórz miejscowości: Wierzbica, Myślibórz, Myśliborzyce, Kolonia Myśliborzyce, Klicko, Dąbrowa, Zgoda, Sobienice, Listomie, Kruszwin, Golenice, Jezierzycy, Pacynowo, Straszyn, Golenicki Młyn, Pniów, Chłopowo, Dalsze, Golczew, Podłążek, Wierzbówek, Pluty, Płośno, Turzyniec, Mirawno, Zarzece, Jarużyn, Nawojczyn, Czerników, Sarbinowo, Mączlino, Utonie, Chłopówko, 2. W powiecie myśliborskim w gminie Dębno miejscowości: Dolsk, Borne, Turze, Różańsko, Ostrowiec, Dyszno, Warnice, Krężelin, Borówno, Przyłaszczka, Grzybno, Piołunek, Radzicz, Sulisław; 3. W powiecie gryfińskim w gminie Trzcіńsko-Zdrój: Piaseczno, Stołeczna, Tchórzno, Dobropole, Wesoła, Babin	17.2.2020
W województwie lubuskim w powiecie gorzowskim:	
W gminie Lubiszyn miejscowości: Mystki, Smoliny, Staw, Podlesie, Zacisze, Gajewo	17.2.2020
W województwie dolnośląskim w powiatach legnickim i złotoryjskim:	
1. W powiecie legnickim w gminie Chojnów miejscowości: Strupice, Budziwojów, Dzwonów, Gołocin, Pawlikowice; 2. W powiecie złotoryjskim w gminie Zagrodno miejscowość: Brochocin; 3. W powiecie złotoryjskim w gminie Złotoryja miejscowości: Podolany, Kolonia Kwiatów m. Lubiatów,	10.2.2020 – 18.2.2020
1. W powiecie legnickim miasto Chojnów, 2. W powiecie legnickim w gminie Chojnów miejscowości: Biała, Dobroszów, Goliszów, Gołaczów, Jerzmanowice, Konradówka, Michów, Niedźwiedzice, Osetnica, Piotrowice, 3. w powiecie legnickim w gminie Miłkowice miejscowości: Goślinów, Gniewomirowice, Jezierzany, Miłkowice, Siedliska, Studnica, Ulesie,	18.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
4. W powiecie legnickim w gminie Krotoszyce miejscowości: Czerwony Kościół, Jasków, Krotoszyce, Pawłowice Małe, Szymanowice, Wilczyce, 5. W powiecie złotoryjskim w gminie Zagrodno miejscowości: Jadwisin, Łukaszów, Modlikowice, Wojciechów, Zagrodno, 6. W powiecie złotoryjskim w gminie Złotoryja miejscowości: Brennik, Ernestynów, Gierałowiec, Kopacz, Kozów, Lubiatów bez kolonii Kwiatów, Nowa Wieś Złotoryjska, Pyskowice, Rokitnica, Rzymówka, Wyskok, Wysocko.	
W województwie warmińsko – mazurskim w powiecie iławskim	
W gminie Zalewo miejscowości: Rąbity, Międzychód, Zatyki, Surbajny, Koziny, Kupin, Rudnia	21.2.2020 – 29.2.2020
W województwie warmińsko – mazurskim w powiatach iławskim, ostródzkim:	
Powiat iławski: W gminie Zalewo miejscowości: Karpowo, Śliwa, Dajny, Barty, Pozorty, Girgajny, Mazanki, Janiki Wielkie, Janiki Małe, Jaśkowo, Wielowieś, Boreczno, Duba, Mozgowo, Huta Wielka, Skitławki, Urowo, Gubławki, Wieprz, Matyty, Polajny, Jerzwałd, Rucewo, Kiemiany, Dobrzyki, Witoszewo, Gajdy, Półwieś, Zalewo, Bajdy, Sadławki, Bądky, Bednarzówka, Brzeziniak, Jezierce, Bukowiec, Likszajny, Tarpno, Nowe Chmielówko Powiat ostródzki: 1. W gminie Małdyty miejscowości: Wielki Dwór, Jarnołtowo, Fiugajki, Drynki, Pleśno, Leszczyńska Mała, Linki, Klonowy Dwór, Płękity, Smolno, Kanty, Bagnity, Wodziany, Surzyki Małe, Surzyki Wielkie; 2. W gminie Miłomłyn miejscowości: Skarpa, Ligi	29.2.2020
W województwie pomorskim w powiecie sztumskim:	
W gminie Stary Dzierżoń od granicy województwa pomorskiego wzdłuż drogi łączącej miejscowości Bajdy-Przeźmark do miejscowości Przeźmark, następnie po drugiej stronie drogi wojewódzkiej 519 wzdłuż jeziora Motława Wielka do miejscowości Danielówka, dalej drogą leśną do jeziora Witoszewskiego w województwie warmińsko-mazurskim.	29.2.2020
W województwie śląskim w powiecie raciborskim:	
W gminie Kuźnia Raciborska, miejscowości: Ruda Kozielska, część miejscowości Rudy położona na zachód od drogi nr 919	21.2.2020 – 29.2.2020
W województwie śląskim w powiatach raciborskim, rybnickim, gliwickim, w powiecie miejskim Rybnik:	
W powiecie raciborskim: 1. W gminie Kuźnia Raciborska miejscowości: Kuźnia Raciborska, Jankowice, Siedliska, część miejscowości Budziska położona na wschód od ulic Leśnej, Szkolnej, Głównej i Fabrycznej, część miejscowości Rudy położona na wschód od drogi nr 919; 2. W gminie Nędza, miejscowości: Szymocice, Górki Śląskie, część miejscowości Nędza położona na wschód od linii kolejowej łączącej miejscowości Racibórz – Kędzierzyn Koźle; W powiecie rybnickim: 1. W gminie Lyski miejscowości: Bogunice, Zwonowice, Sumina, część miejscowości Adamowice położona na północ od ulic: Jana III Sobieskiego, Rybnickiej i Rolnej, Nowa Wieś, część miejscowości Lyski położona na północ od strugi Sumina; W powiecie miejskim Rybnik dzielnice: Stodoły, Grabownia, Chwałęcice, Ochojec na zachód od drogi nr 78; W powiecie gliwickim: 1. W gminie Sośnicowice miejscowości: Tworóg Mały, Trachy, Bargłówka, część miejscowości Sierakowice położona na zachód od ulicy Sierakowskiej na terenach leśnych oraz ulicy Długiej, część miejscowości Smolnica położona na zachód od ulicy Łęgowskiej;	29.2.2020

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
2. W gminie Pilchowice miejscowości: Stanica, część miejscowości Leboszowice położona na zachód od ulic: Smolnickiej i Wiejskiej, część miejscowości Pilchowice na zachód od ulic: Leboszowskiej, Wielopole, Dworcowej oraz ulicy Dolna Wieś, część miejscowości Wilcza położona na północny-zachód od drogi nr 78	
W województwie opolskim w powiecie kędzierzyńsko-kozielskim:	
W gminie Bierawa miejscowości: Solarnia, Kotlarnia, Goszyce, Dziergowice	29.2.2020

Mitgliedstaat: Rumänien

Das Gebiet umfasst:	Gemäß Artikel 31 der Richtlinie 2005/94/EG gültig bis
Județul Maramureș	
Oraș Seini Oraș Seini - localitatea Săbișa	14.2.2020 – 22.2.2020
Comuna Cicârlău- Localitatea Cicârlău Comuna Cicârlău - Localitatea Bârgău Comuna Cicârlău - Localitatea Handalu Ilbei Comuna Cicârlău - Localitatea Ilba Oraș Seini- Localitatea Viile Apei Comuna Ardușat- Localitatea Ardușat	22.2.2020
Județul Satu Mare	
Comuna Pomi, localitatea Pomi	14.2.2020 – 22.2.2020
Comuna Orașu Nou- Localitatea Orașu Nou Vii Comuna Orașu Nou- Localitatea Racșa Vii Comuna Pomi- Localitatea Aciu Comuna Pomi- Localitatea Bicău Comuna Pomi- Localitatea Borlești Comuna Apa- Localitatea Apa Comuna Apa- Localitatea Someșeni Comuna Crucișor- Localitatea Crucișor Comuna Crucișor- Localitatea Iegheriște Comuna Valea Vinului- Localitatea Valea Vinului Comuna Valea Vinului- Localitatea Roșiori Comuna Medieșu Aurit- Localitatea Medieș Rături Comuna Medieșu Aurit-Localitatea Medieș Vii Comuna Orașu Nou- Racșa	22.2.2020
Județul Bihor	
Comuna Diosig – Localitatea Diosig	17.2.2020“

RECHTSAKTE VON GREMIEN, DIE IM RAHMEN INTERNATIONALER ÜBEREINKÜNFT EINGESETZT WURDEN

Nur die von der UNECE verabschiedeten Originalfassungen sind international rechtsverbindlich. Der Status dieser Regelung und das Datum ihres Inkrafttretens sind der neuesten Fassung des UNECE-Statusdokuments TRANS/WP.29/343 zu entnehmen, das von folgender Website abgerufen werden kann: <http://www.unece.org/trans/main/wp29/wp29wgs/wp29gen/wp29docstts.html>

UN-Regelung Nr. 126 — Einheitliche Bedingungen für die Genehmigung von Trennvorrichtungen zum Schutz der Fahrzeuginsassen vor verschobenen Gepäckstücken als nachrüstbare Fahrzeugausrüstung [2020/176]

Datum des Inkrafttretens: 9. November 2007

INHALTSVERZEICHNIS

REGELUNG

1. Anwendungsbereich
2. Begriffsbestimmungen
3. Antrag auf Genehmigung
4. Kennzeichnungen
5. Genehmigung
6. Anforderungen
7. Übereinstimmung der Produktion
8. Maßnahmen bei Abweichungen in der Produktion
9. Änderungen des Typs der Trennvorrichtung
10. Endgültige Einstellung der Produktion
11. Gebrauchsanweisungen
12. Namen und Anschriften der technischen Dienste, die die Prüfungen für die Genehmigung durchführen, und der Typgenehmigungsbehörden

ANHÄNGE

- 1 Mitteilung
- 2 Anordnungen der Genehmigungszeichen
- 3 Prüfverfahren für Vorrichtungen, die die Insassen vor einer Verschiebung von Gepäckstücken schützen sollen

Anlage 1 — Verzögerungsverlauf des Prüfschlittens als Funktion der Zeit

Anlage 2 — Stellung der Prüfkörper des Typs 1 und des Typs 2 in Bezug auf den Prüfraum

Anlage 3 — Lage der Ebene der maximalen Verformung der Trennvorrichtung

- 4 Beispiel für ein Gerät zur Prüfung der Festigkeit von Trennvorrichtungen

1. ANWENDUNGSBEREICH

Diese Regelung gilt für nachrüstbare Ausrüstungen in Fahrzeugen der Klasse M₁ ⁽¹⁾, die dazu bestimmt sind, bei einem Frontalaufprall die Insassen vor der Gefahr einer Verschiebung von Gepäckstücken in den Sitzbereich des Fahrzeugs hinein zu schützen.

2. BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Für die Zwecke dieser Regelung gelten folgende Begriffsbestimmungen:

- 2.1. „Trennvorrichtungen“ bezeichnet Teile oder Einrichtungen, die zusätzlich zu den Rückenlehnen dazu bestimmt sind, Insassen vor verschobenen Gepäckstücken zu schützen.

⁽¹⁾ Entsprechend den Definitionen in der Gesamtresolution über Fahrzeugtechnik (R.E.3), Dokument ECE/TRANS/WP.29/78/Rev.6, Absatz 2.

- 2.2. „Nachrüstbare Fahrzeugausrüstung“ bezeichnet eine Trennvorrichtung, die vom Fahrzeughersteller nicht als Standard- oder Zusatzausrüstung für die vom Hersteller der Trennvorrichtung vorgeschriebenen Anwendungen des Fahrzeugs (bzw. der Fahrzeuge) angeboten wird.
- 2.3. „Genehmigung einer Trennvorrichtung“ bezeichnet die Genehmigung eines Typs einer Trennvorrichtung hinsichtlich der Festigkeit, Bauart und Merkmale.
- 2.4. „Typ einer Trennvorrichtung“ bezeichnet eine Kategorie von Trennvorrichtungen, die sich u. a. in folgenden wesentlichen Punkten nicht voneinander unterscheiden:
 - 2.4.1. Struktur, Form, Abmessungen, Werkstoffe und Masse der Trennvorrichtung, wobei sich die Vorrichtungen aber in Bezug und Farbe unterscheiden können;
 - 2.4.2. Typ und Abmessungen der Einstell-, Verriegelungs- und Befestigungseinrichtungen der Trennvorrichtung;
 - 2.4.3. den vom Antragsteller für die Genehmigung vorgeschriebenen speziellen Fahrzeuganwendungen.
- 2.5. „Sitz“: siehe die Absätze 2.3 und 2.4 der Regelung Nr. 17.
- 2.6. „Verankerung“ bezeichnet das System für die Befestigung der Trennvorrichtung am Fahrzeugaufbau einschließlich der zugehörigen Teile des Fahrzeugaufbaus.
- 2.7. „Einstelleinrichtung“ bezeichnet die Einrichtung, mit der die Trennvorrichtung oder ihre Teile in eine Stellung gebracht werden können, die dem Einbau in den vorgeschriebenen Fahrzeugen und Einbaulagen dieser Fahrzeuge angepasst ist, so wie vom Antragsteller für die Genehmigung empfohlen.
- 2.8. „Verriegelungseinrichtung“ bezeichnet eine Einrichtung, die die Trennvorrichtung und ihre Teile in der Benutzungstellung hält.
- 2.9. „Zwischenstrukturen“ bezeichnet Fahrzeugbauteile, an denen die Trennvorrichtung an den vorgeschriebenen Fahrzeugen befestigt ist, die aber selbst keine Verankerungen sind.

3. ANTRAG AUF GENEHMIGUNG

- 3.1. Der Antrag auf Genehmigung eines Typs einer Trennvorrichtung ist vom Inhaber der Handelsmarke oder seinem ordentlich bevollmächtigten Vertreter einzureichen.
- 3.2. Dem Antrag ist Folgendes beizufügen:
 - 3.2.1. Eine technische Beschreibung der Trennvorrichtung, in der die verwendeten Gewebe und starren Teile angegeben sind, zusammen mit Zeichnungen der Teile, aus denen die Trennvorrichtung besteht. Auf den Zeichnungen müssen die vorgesehene Stelle für die Genehmigungsnummer und für zusätzliche Zeichen in Bezug auf den Kreis des Genehmigungszeichens angegeben sein.

In der Beschreibung sind die Fahrzeugtypen, für die der Typ der Trennvorrichtung verwendet wird, sowie die Befestigungsstellen in den Fahrzeugen anzugeben.
 - 3.2.2. Eine Zeichnung der vorgesehenen Einbauarten der Trennvorrichtung in den Fahrzeugtypen und der Einbaulagen der Trennvorrichtung mit ausreichenden Abmessungen zur Erleichterung der Anordnung der Prüfkörper, Verankerungspunkte an der Fahrzeugstruktur, Zwischenstrukturen, Sitze und Verkleidungsplatten gemäß Anhang 3 Absatz 2.
 - 3.2.3. Drei Muster des Typs der Trennvorrichtung, von denen eines für Bezugszwecke bestimmt ist.
 - 3.2.4. Muster der verwendeten Werkstoffe in den vom technischen Dienst, der die Prüfungen für die Genehmigung durchführt, vorgeschriebenen Mengen.
 - 3.2.5. Muster von Sitzen, Zwischenstrukturen und Verkleidungsplatten, die für die Prüfungen nach Anhang 3 Absätze 2.4 und 2.6 erforderlich sind.
 - 3.2.6. Der technische Dienst, der die Prüfungen für die Genehmigung durchführt, kann weitere Muster anfordern.

4. KENNZEICHNUNGEN

Die nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Muster eines Typs einer Trennvorrichtung müssen deutlich lesbar und dauerhaft mit dem Namen, den Initialen oder der Fabrik- oder Handelsmarke des Herstellers versehen sein.

5. GENEHMIGUNG

5.1. Entsprechen die nach Absatz 3 vorgelegten Muster eines Typs einer Trennvorrichtung den Vorschriften nach Absatz 6, so ist die Genehmigung zu erteilen.

5.2. Jedem genehmigten Typ wird eine Genehmigungsnummer zugeteilt. Ihre ersten beiden Ziffern (derzeit 00 entsprechend der Regelung in ihrer ursprünglichen Fassung) geben die entsprechende Änderungsserie mit den neuesten wichtigsten technischen Änderungen an, die zum Zeitpunkt der Erteilung der Genehmigung in die Regelung aufgenommen sind. Dieselbe Vertragspartei darf diese Nummer keinem anderen Typ einer Trennvorrichtung mehr zuteilen.

5.3. Über die Erteilung oder Erweiterung oder Versagung einer Genehmigung für einen Typ einer Trennvorrichtung nach dieser Regelung sind die Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958, die diese Regelung anwenden, mit einem Mitteilungsblatt zu unterrichten, das dem Muster in Anhang 1 dieser Regelung entspricht.

5.4. An jeder Trennvorrichtung, die einem nach dieser Regelung genehmigten Typ entspricht, ist sichtbar und an gut zugänglicher Stelle, die im Genehmigungsblatt anzugeben ist, ein internationales Genehmigungszeichen anzubringen, bestehend aus:

5.4.1. einem Kreis, in dem sich der Buchstabe „E“ und die Kennzahl des Landes befinden, das die Genehmigung erteilt hat ⁽²⁾;

5.4.2. der Genehmigungsnummer rechts neben dem Kreis nach Absatz 5.4.1.

5.5. Das Genehmigungszeichen muss deutlich lesbar und dauerhaft sein.

5.6. Das Genehmigungszeichen ist vom Hersteller auf der Trennvorrichtung anzubringen.

5.7. In Anhang 2 dieser Regelung sind Beispiele für die Anordnung der Genehmigungszeichen dargestellt.

6. ANFORDERUNGEN

6.1. Prüfungen

Die Trennvorrichtungen sind nach den in Anhang 3 beschriebenen Prüfverfahren zu prüfen.

Trennvorrichtungen, die nach Absatz 3.2.1 in mehr als einem Fahrzeug oder in mehr als einer vorgeschriebenen Position innerhalb eines bestimmten Fahrzeugs verwendet werden können, müssen den in Anhang 3 vorgeschriebenen Prüfungen für alle vorgeschriebenen Fahrzeuge und Positionen entsprechen.

6.2. Vorschriften

6.2.1. Trennvorrichtungen, die nach den Anforderungen des Absatzes 6.1 geprüft werden, müssen ausreichend widerstandsfähig sein, um nachzuweisen, dass sie bei einem Frontalaufprall für den Schutz der Fahrzeuginsassen vor verschobenen Gepäckstücken geeignet sind.

Die Anforderung gilt als erfüllt, wenn die Vorverlagerung des oder der Prüfkörper über die in Anhang 3 Anlage 3 dargestellte Ebene Y-Y hinaus weniger als 300 mm beträgt; diese Ebene liegt senkrecht zur Längsachse der für das Fahrzeug vorgeschriebenen Einbauart und wird von der hinteren Kante der Rückenlehnen unmittelbar vor der Trennvorrichtung, die nach Anhang 3 Absatz 2.7 angepasst wurden, gebildet; die Anforderung gilt jedoch auch als erfüllt, wenn der Hersteller gegenüber dem technischen Dienst, der die Prüfungen für die Genehmigung durchführt, zufriedenstellend nachweisen kann, dass das Risiko einer schweren Verletzung der Insassen durch eine Vorverlagerung von mehr als 300 mm bei einem Frontalaufprall nicht erhöht wird.

Die Trennvorrichtung darf sich nicht von ihren Befestigungspunkten lösen. Nach der Prüfung darf es keine scharfen Kanten an starren Teilen der Trennvorrichtung geben, die bei Berührung zu einer Verletzung der Fahrzeuginsassen führen könnten.

⁽²⁾ Die Kennzahlen der Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958 finden sich in Anhang 3 der Gesamtresolution über Fahrzeugtechnik (R.E.3), Dokument ECE/TRANS/WP.29/78/Rev. 6 - <http://www.unece.org/trans/main/wp29/wp29wgs/wp29gen/wp29resolutions.html>

6.2.2. Die montierte Trennvorrichtung darf keine gefährlichen Unebenheiten oder scharfen Kanten aufweisen, die das Risiko einer schweren Verletzung für die Fahrzeuginsassen erhöhen könnten. Die Kanten von Oberflächen starrer Elemente der Trennvorrichtung oder der Zwischenstrukturen, die bei einem Aufprall mit einer Masse von mehr als 50 Shore A mit den Fahrzeuginsassen in Berührung kommen können, müssen einen Abrundungsradius von mindestens 3,2 mm aufweisen.

7. ÜBEREINSTIMMUNG DER PRODUKTION

Die Verfahren zur Kontrolle der Übereinstimmung der Produktion müssen den in Anlage 2 zum Übereinkommen (E/ECE/324-E/ECE/TRANS/505/Rev.2) beschriebenen Verfahren entsprechen, wobei folgende Vorschriften eingehalten sein müssen:

7.1. Jede Trennvorrichtung, für die eine Genehmigung nach dieser Regelung erteilt wurde, muss so gebaut sein, dass sie dem genehmigten Typ insofern entspricht, als die Vorschriften des Absatzes 6 eingehalten sind.

7.2. Die zuständige Behörde, die die Typgenehmigung erteilt hat, kann jederzeit die in den jeweiligen Produktionseinheiten angewandten Verfahren zur Überwachung der Übereinstimmung überprüfen. Diese Überprüfungen werden gewöhnlich einmal im Jahr durchgeführt. Die Behörde kann außerdem serienmäßig hergestellte Trennvorrichtungen stichprobenweise daraufhin untersuchen, ob die Vorschriften des Absatzes 6 eingehalten sind.

8. MAßNAHMEN BEI ABWEICHUNGEN IN DER PRODUKTION

8.1. Die für einen Typ einer Trennvorrichtung nach dieser Regelung erteilte Genehmigung kann zurückgenommen werden, wenn die Vorschriften des Absatzes 6 nicht eingehalten sind oder die Trennvorrichtung die Prüfungen nach Absatz 6 nicht bestanden hat.

8.2. Nimmt eine Vertragspartei des Übereinkommens, die diese Regelung anwendet, eine von ihr erteilte Genehmigung zurück, so hat sie unverzüglich die anderen Vertragsparteien, die diese Regelung anwenden, hierüber mit einem Mitteilungsblatt zu unterrichten, das dem Muster in Anhang 1 dieser Regelung entspricht.

9. ÄNDERUNGEN DES TYP DER TRENNVORRICHTUNG

9.1. Jede Änderung des Typs einer Trennvorrichtung oder des Fahrzeugtyps und der Einbaulagen für diese Trennvorrichtung ist der Typgenehmigungsbehörde mitzuteilen, die die Genehmigung für den Typ einer Trennvorrichtung erteilt hat. Die Behörde kann dann:

9.1.1. entweder feststellen, dass die vorgenommenen Änderungen keine nennenswerte nachteilige Wirkung haben und die Trennvorrichtung in jedem Fall noch den Vorschriften entspricht, oder

9.1.2. feststellen, dass die Änderungen so unbedeutend sind, dass die Ergebnisse nach Absatz 6 durch vom Hersteller vorgelegte technische Informationen nachgeprüft werden können oder

9.1.3. bei dem technischen Dienst, der die Prüfungen durchführt, einen weiteren Prüfbericht anfordern.

9.2. Die Bestätigung oder die Versagung der Genehmigung ist den Vertragsparteien des Übereinkommens, die diese Regelung anwenden, unter Angabe der Änderungen nach dem Verfahren nach Absatz 5.3 mitzuteilen.

9.3. Die zuständige Behörde, die eine Erweiterung einer Genehmigung bescheinigt, teilt dieser Erweiterung eine fortlaufende Nummer zu und unterrichtet hierüber die anderen Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958, die diese Regelung anwenden, mit einem Mitteilungsblatt, das dem Muster nach Anhang 1 dieser Regelung entspricht.

10. ENDGÜLTIGE EINSTELLUNG DER PRODUKTION

Stellt der Inhaber der Genehmigung die Produktion einer nach dieser Regelung genehmigten Einrichtung endgültig ein, so hat er hierüber die Behörde, die die Genehmigung erteilt hat, zu unterrichten. Die Behörde unterrichtet hierüber ihrerseits die anderen Vertragsparteien des Übereinkommens von 1958, die diese Regelung anwenden, mit einem Mitteilungsblatt, das dem Muster in Anhang 1 dieser Regelung entspricht.

11. GEBRAUCHSANWEISUNGEN

Jeder Trennvorrichtung müssen Anweisungen folgenden Inhalts oder folgender Art in der Sprache oder den Sprachen des Landes beigefügt sein, in dem sie zum Verkauf angeboten werden soll:

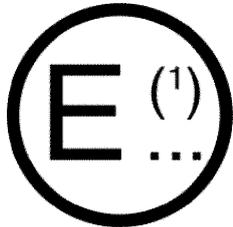
- 11.1. Einbauanleitung mit Angaben darüber, für welche Fahrzeugtypen die Baugruppe geeignet ist und welches die ordnungsgemäßen Methoden der Befestigung der Baugruppe an den Fahrzeugen sind.
- 11.2. Benutzeranweisungen mit genauen Angaben darüber, wie der Nutzer den größtmöglichen Nutzen aus der Trennvorrichtung ziehen kann. In diesen Anweisungen muss auf Folgendes hingewiesen werden:
 - a) die Bedeutung der Nutzung der Trennvorrichtung bei allen Fahrten, bei denen Gepäck transportiert wird;
 - b) die ordnungsgemäße Einstellung und Einbaulage der Trennvorrichtung;
 - c) die Funktionsweise etwaiger Einstell- und/oder Verriegelungssysteme, die in die Trennvorrichtung integriert sind;
 - d) die empfohlene Lagerung des Gepäcks und seine Sicherung im Gepäckraum des Fahrzeugtyps, für den die Trennvorrichtung bestimmt ist;
 - e) die Anforderung, beschädigte Trennvorrichtungen zu ersetzen.
12. NAMEN UND ANSCHRIFTEN DER TECHNISCHEN DIENSTE, DIE DIE PRÜFUNGEN FÜR DIE GENEHMIGUNG DURCHFÜHREN, UND DER TYPGENEHMIGUNGSBEHÖRDEN

Die Vertragsparteien des Übereinkommens, die diese Regelung anwenden, teilen dem Sekretariat der Vereinten Nationen die Namen und Anschriften der technischen Dienste, die die Prüfungen für die Genehmigung durchführen, und der Typgenehmigungsbehörden, die Genehmigungen erteilen und denen die Mitteilungsblätter über in anderen Ländern erteilte, erweiterte, versagte oder zurückgenommene Genehmigungen zu übersenden sind, mit.

ANHANG 1

MITTEILUNG

(größtes Format: A4 (210 mm × 297 mm))



Ausgestellt von:

Bezeichnung der Behörde:

.....
.....

- über die ^(?): Erteilung der Genehmigung
- Erweiterung der Genehmigung
- Versagung der Genehmigung
- Rücknahme der Genehmigung
- Endgültige Einstellung der Produktion

für einen Typ einer Trennvorrichtung nach der Regelung Nr. 126

Nummer der Genehmigung: Nummer der Erweiterung der Genehmigung:

1. Fabrik- oder Handelsmarke der Trennvorrichtung:
2. Spezifisch für die Fahrzeugtypen:
3. Name und Anschrift des Herstellers:
4. Gegebenenfalls Name und Anschrift des Bevollmächtigten des Herstellers:
5. Beschreibung der Trennvorrichtung:
6. Beschreibung der Einstell- und Verriegelungseinrichtung der Trennvorrichtung und ihrer Teile:
7. Beschreibung der Einbaulagen der Trennvorrichtung in den Fahrzeugtypen:
8. Beschreibung der mit der Trennvorrichtung mitgelieferten Verankerungen und des sonstigen Verankerungsmaterials:
9. Trennvorrichtung zur Genehmigung vorgeführt am:
10. Technischer Dienst, der die Prüfungen für die Genehmigung durchführt:
11. Datum des Prüfberichts des technischen Dienstes:
12. Nummer des Prüfberichts des technischen Dienstes:
13. Anmerkungen:
14. Die Genehmigung wird erteilt/versagt/erweitert/zurückgenommen ^(?)

⁽¹⁾ Kennzahl des Landes, das die Genehmigung erteilt, erweitert, versagt oder zurückgenommen hat (siehe die Vorschriften über die Genehmigung in der Regelung).

^(?) Nichtzutreffendes streichen.

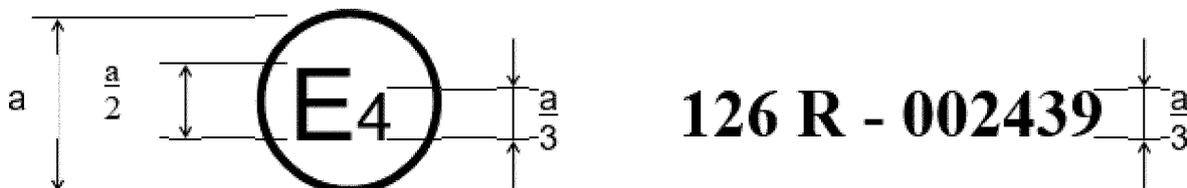
-
15. Gründe für die Erweiterung (falls zutreffend):
16. Anbringungsstelle des Genehmigungszeichens an der Trennvorrichtung:
17. Ort:
18. Datum:
19. Unterschrift:
20. Dieser Mitteilung sind folgende mit der Genehmigungsnummer versehene Unterlagen beigefügt:
- a) Zeichnungen, Diagramme und Skizzen der Trennvorrichtung, ihrer Verankerungen am Fahrzeug, der Einstellrichtungen der Trennvorrichtung und ihrer Teile sowie ihrer Verriegelungseinrichtungen;
 - b) Fotografien der Trennvorrichtung, ihrer Verankerungen, der Einstellrichtungen und ihrer Teile sowie ihrer Verriegelungseinrichtungen.
-

ANHANG 2

ANORDNUNGEN DER GENEHMIGUNGSZEICHEN

(siehe Absatz 5.4 dieser Regelung)

TRENNVORRICHTUNG



a = min. 8 mm

Das oben dargestellte, an einer Trennvorrichtung angebrachte Genehmigungszeichen bedeutet, dass dieser Typ einer Trennvorrichtung hinsichtlich der Festigkeit in den Niederlanden (E4) nach der Regelung Nr. 126 unter der Genehmigungsnummer 002439 genehmigt wurde. Die ersten beiden Ziffern der Genehmigungsnummer geben an, dass die Regelung nicht geändert wurde.

Anmerkung:

Die Genehmigungsnummer und die zusätzlichen Zeichen müssen nahe dem Kreis und entweder über oder unter dem „E“ oder links oder rechts davon angebracht werden. Die Ziffern der Genehmigungsnummer müssen, bezogen auf den Buchstaben „E“, auf derselben Seite und in derselben Richtung angeordnet werden. Die Verwendung römischer Zahlen ist bei Genehmigungsnummern zu vermeiden, um Verwechslungen mit anderen Zeichen auszuschließen.

ANHANG 3

PRÜFVERFAHREN FÜR VORRICHTUNGEN, DIE DIE INSASSEN VOR EINER VERSCHIEBUNG VON GEPÄCKSTÜCKEN SCHÜTZEN SOLLEN

1. PRÜFKÖRPER

Starre Körper mit dem Trägheitsmittelpunkt im geometrischen Mittelpunkt.

Typ 1

Abmessungen: 300 mm × 300 mm × 300 mm

alle Kanten und Ecken abgerundet (Rundungsradius: 20 mm)

Masse: 18 kg

Typ 2

Abmessungen: 500 mm × 350 mm × 125 mm

alle Kanten und Ecken abgerundet (Rundungsradius: 20 mm)

Masse: 10 kg

2. VORBEREITUNG DER PRÜFUNG

- 2.1. Die Trennvorrichtung muss unter Verwendung des vom Hersteller zu liefernden Befestigungsmaterials an einem starren Rahmen befestigt werden. Der starre Rahmen muss eine starre horizontale Ebene E (siehe Anhang 4) enthalten, die der allgemeinen Ebene des Fahrzeugbodens im Gepäckbereich entspricht. Die Befestigungspunkte A, B, C und D sollten die in Absatz 3.2.2 sowie im Antrag auf Genehmigung angegebene Geometrie der vorgesehenen Verankerungspunkte für Fahrzeuge, gemessen von der zugrunde liegenden Ebene E replizieren.

Gibt es verschiedene Einbaulagen, die vom Antragsteller zur Genehmigung empfohlen werden, so ist die ungünstigste Einbaulage im Einvernehmen mit dem technischen Dienst zu wählen.

Alle Befestigungsgurte, Zwischenstrukturen, Beschläge usw. sind entsprechend den Anweisungen des Antragstellers zu montieren.

- 2.2. Der tatsächliche Boden der in Absatz 2.1 beschriebenen Prüfanordnung sollte die Ebene in Bezug auf die Verankerungspunkte A, B, C und D so wiedergeben, dass er dem Verhältnis der tatsächlichen Verankerungspunkte des Fahrzeugs und der effektiven Ladefläche auf der Grundlage des vorgeschlagenen Einbaus gemäß Absatz 3.2.2 dieser Regelung entspricht.

- 2.3. Zwei Prüfkörper des Typs 1 sind auf die Ebene E des starren Rahmens zu stellen.

- 2.3.1. Die Lage der Prüfkörper in Längsrichtung wird bestimmt, indem sie zuerst so angeordnet werden, dass ihre Vorderseite die Trennvorrichtung berührt und ihre Unterseite auf der Horizontalebene E des starren Rahmens aufliegt. Sie sind anschließend rückwärts und parallel zur Längsmittalebene des starren Rahmens in einem horizontalen Abstand von 200 mm zu bewegen. In dieser Lage müssen sie gegen jegliche Rückwärtsbewegung gesichert sein. Wenn es in den in Absatz 3.2.2 dieser Regelung beschriebenen, für das Fahrzeug vorgeschriebenen Einbauarten nicht möglich ist, die beiden Prüfkörper des Typs 1 um den Abstand von 200 mm zu bewegen, sind sie in der für das Fahrzeug vorgeschriebenen Einbauart bis zur Grenze ihres Bewegungsspielraums zu bewegen. Der Abstand zwischen der Längsmittalebene des starren Rahmens und der nach innen gewandten Seite jedes Prüfkörpers muss 25 mm betragen, damit der Abstand zwischen beiden Prüfkörpern 50 mm beträgt. Siehe Anlage 2 dieses Anhangs.

- 2.3.2. Für das Fahrzeug vorgeschlagene Einbauarten nach Absatz 3.2.2 dieser Regelung, hinter denen die Prüfkörper des Typs 1 nicht aufgestellt werden können, sind ohne diese zu prüfen.

- 2.3.3. Am starren Rahmen ist ein fester, erhöhter Prüfboden so anzubringen, dass der Schwerpunkt eines Prüfkörpers des Typs 2 auf der Ladefläche in der Mitte zwischen der Oberseite der Rückenlehne, die sich unmittelbar vor der Trennvorrichtung befindet (ohne Einbeziehung der Kopfstützen) und der Unterseite der Dachverkleidung unmittelbar vor diesem Punkt (X-X in Anhang 3 Anlage 2) gemäß Absatz 3.2.2 dieser Regelung liegt. Ein Prüfkörper des Typs 2 ist mit seiner größten Fläche (500 mm × 350 mm) in Bezug auf die Längsachse des starren Rahmens mittig auf der Ladefläche des erhöhten Prüfbodens und mit der Fläche mit den Abmessungen 500 mm × 125 mm vor der Trennvorrichtung und in unmittelbarem Kontakt mit dieser zu platzieren. Einbauarten von Trennvorrichtungen, hinter denen der Prüfkörper des Typs 2 nicht platziert werden kann, sind ohne diesen zu prüfen. Siehe Anlage 2 dieses Anhangs.
- 2.4. Sind die Befestigungspunkte der Trennvorrichtung an einer Zwischenstruktur in der vorgesehenen Einbaulage (z. B. an der Rückenlehne, der Seitenverkleidung usw.) befestigt, so sind diese an dem starren Rahmen mit den vom Hersteller angegebenen Befestigungselementen zu befestigen.
- 2.5. Hat die Trennvorrichtung in der vorgeschriebenen Einbauart innerhalb des starren Prüfrahmens keine Struktur, die sich bis zu 400 mm in die starre horizontale Ebene E (Anhang 4) erstreckt, so kann die Prüfung auch ohne die Prüfkörper des Typs 1 durchgeführt werden.
- 2.6. Wenn sich Fahrzeugteile wie Karosserieblech, Sitze, Verkleidungsplatten usw. auf die Vorverlagerung der Trennvorrichtungen auswirken, so können diese Teile an dem in Absatz 2.1 vorgeschriebenen starren Rahmen befestigt werden; sie sind jedoch auf Verlangen des Herstellers an diesem Rahmen in der Position zu befestigen, die am ehesten die Einbaulage im Fahrzeug in Bezug auf die Trennvorrichtung nach Absatz 3.2.2 dieser Regelung repräsentiert. Mit Ausnahme von in Längsrichtung verstellbaren Sitzen, bei denen diese Positionen im Fahrzeug verstellbar sind/angepasst werden können (z. B. bei Rückenlehnen von Rücksitzen), müssen diese Teile, so angeordnet sein, dass sie die Einstellposition repräsentieren, die den geringsten Einfluss auf die Vorwärtsbewegung der Trennvorrichtung hat.
- 2.7. Wird die Vorverlagerung der Trennvorrichtung durch eine in Längsrichtung verstellbare Sitzgruppe eingeschränkt, sind diese Sitze, falls an dem in Absatz 2.1 vorgeschriebenen starren Rahmen befestigt, auf Antrag des Herstellers in eine Stellung innerhalb von 10 mm ihrer untersten, hintersten Position zu bringen und die Rückenlehne, falls verstellbar, ist so weit wie möglich auf 25 ° einzustellen. Gegebenenfalls vorhandene Kopfstützen sind in ihre unterste Position zu bringen.

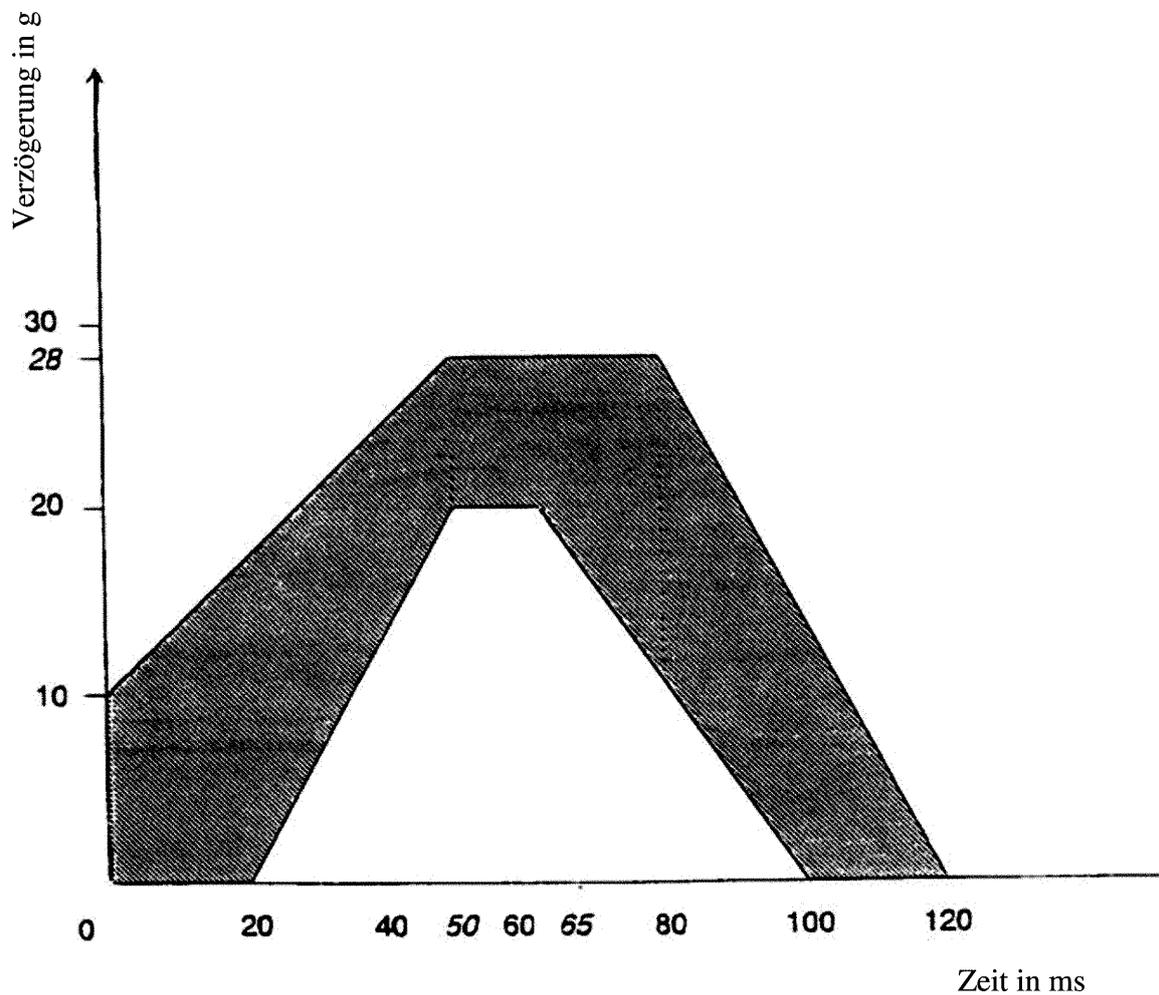
3. DURCHFÜHRUNG DER PRÜFUNG

Der Prüfrahmen und seine Befestigungen nach den Absätzen 2.1, 2.2, 2.3.1, 2.3.3, 2.4, 2.6 und 2.7 sind sicher an einem Prüfschlitten zu befestigen, der von einer Anfangsgeschwindigkeit bis zum Stillstand so zu verlangsamen ist, dass dieser und der an ihm befestigte Rahmen einer Verzögerung ausgesetzt sind, die innerhalb der Grenzen des in Anhang 3 Anlage 1 grafisch dargestellten Bereichs liegt.

ANLAGE 1

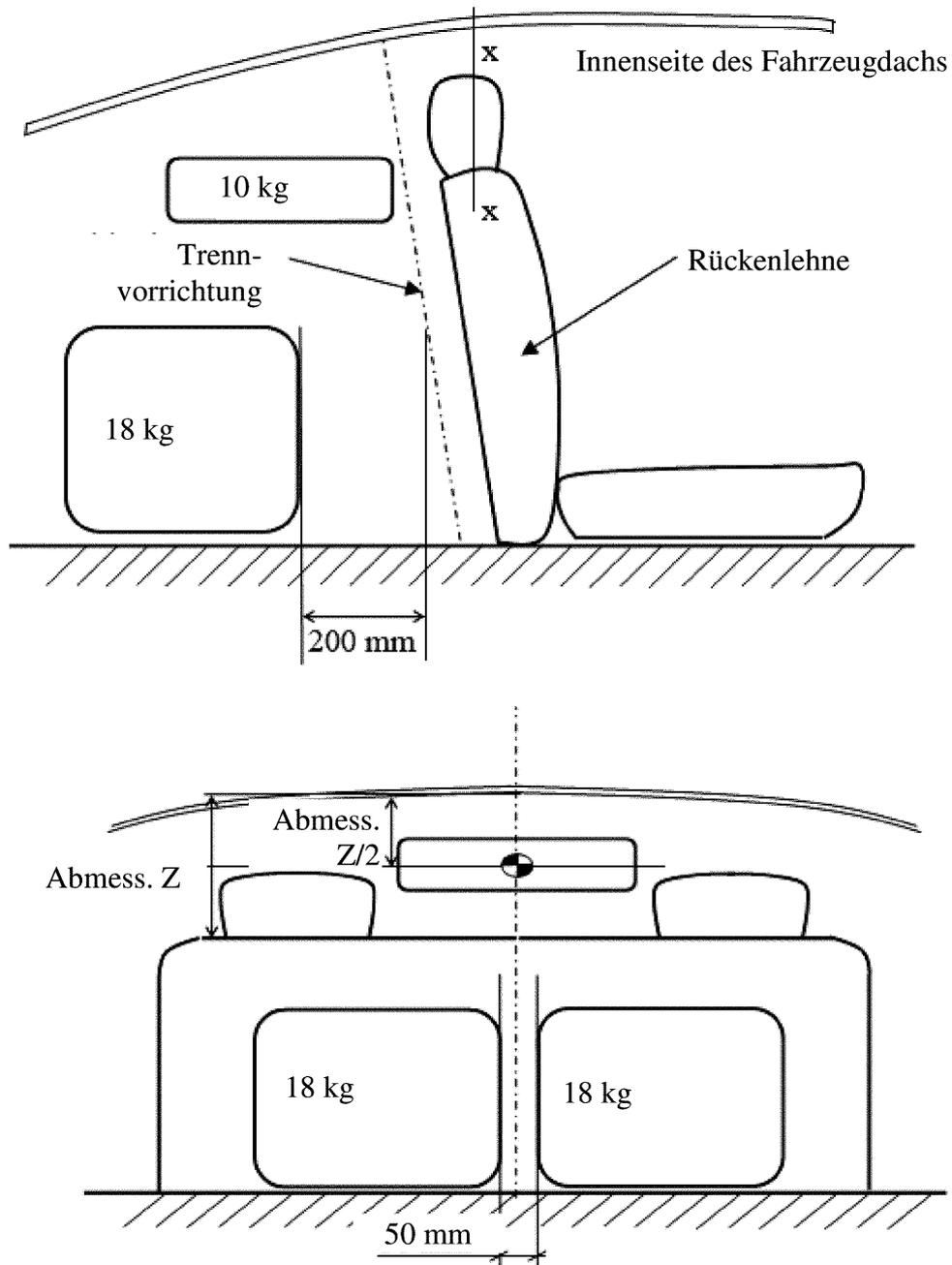
VERZÖGERUNGSVERLAUF DES PRÜFSCHLITTENS IN ABHÄNGIGKEIT VON DER ZEIT

(Frontalaufprall)



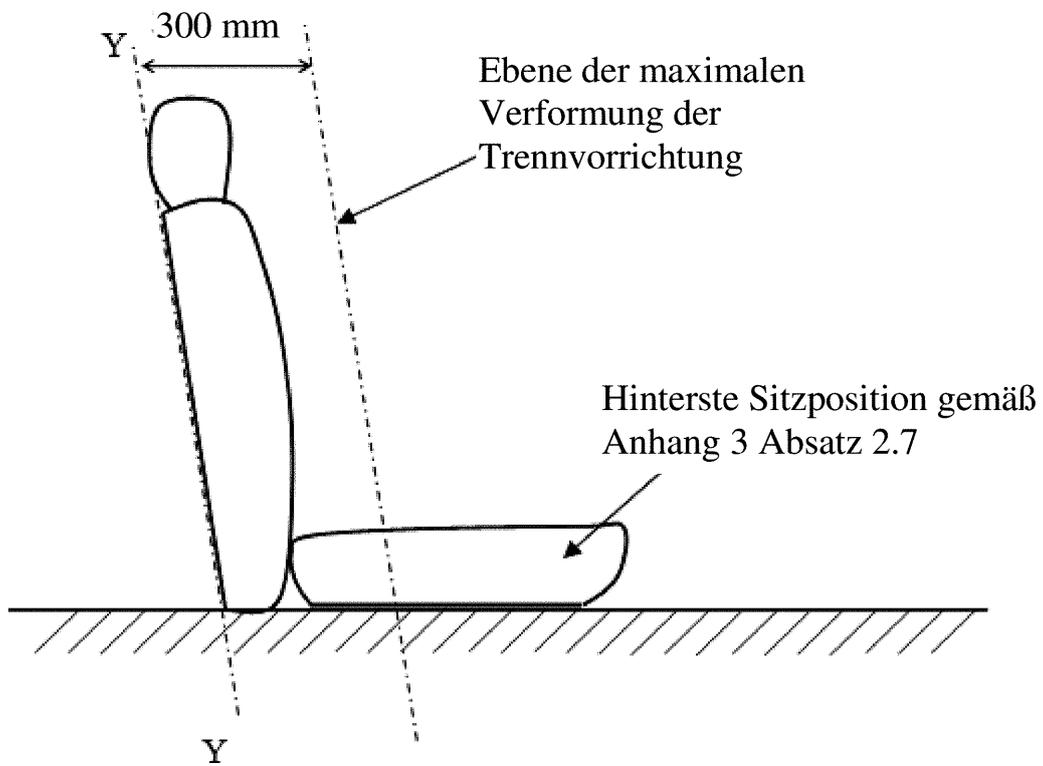
ANLAGE 2

LAGE DER PRÜFKÖRPER DES TYP 1 UND DES TYP 2 IN BEZUG AUF DEN PRÜFRAHMEN



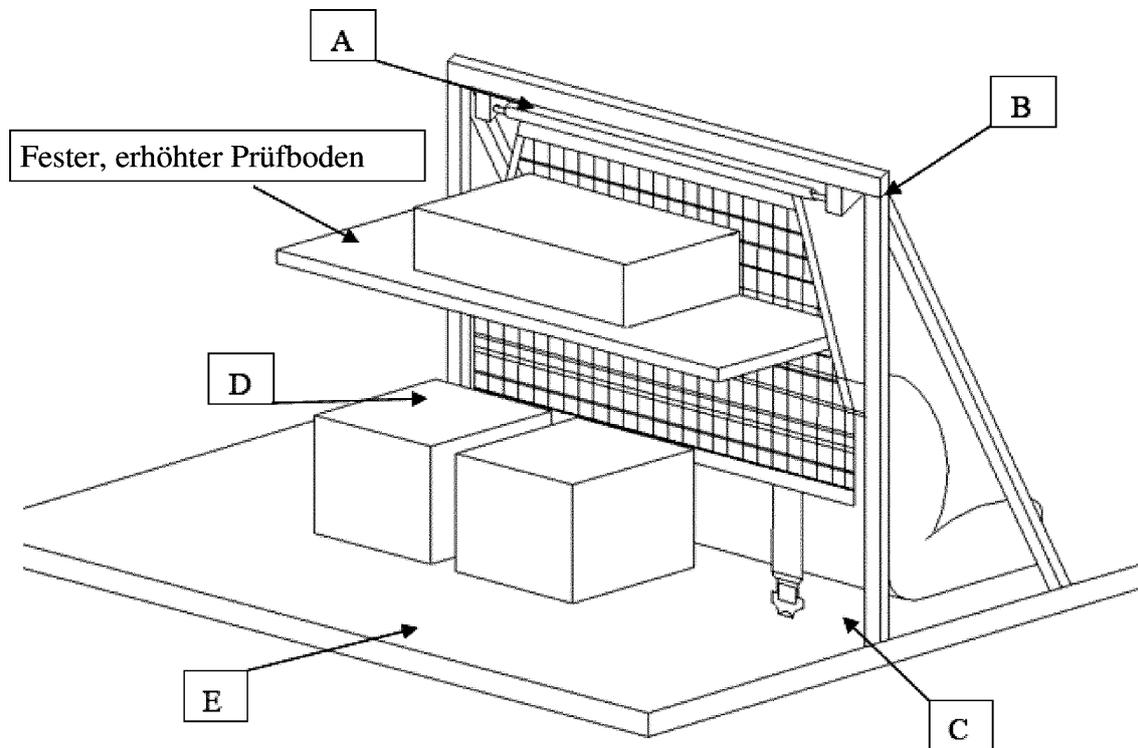
ANLAGE 3

LAGE DER EBENE DER MAXIMALEN VERFORMUNG DER TRENNVORRICHTUNG



ANHANG 4

BEISPIEL FÜR EIN GERÄT ZUR PRÜFUNG DER FESTIGKEIT VON TRENNVORRICHTUNGEN



BERICHTIGUNGEN

Berichtigung der Verordnung (EU) 2016/2031 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Oktober 2016 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen, zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 228/2013, (EU) Nr. 652/2014 und (EU) Nr. 1143/2014 des Europäischen Parlaments und des Rates und zur Aufhebung der Richtlinien 69/464/EWG, 74/647/EWG, 93/85/EWG, 98/57/EG, 2000/29/EG, 2006/91/EG und 2007/33/EG des Rates

(Amtsblatt der Europäischen Union L 317 vom 23. November 2016)

Seite 71, Artikel 111 Nummer 7:

Anstatt: „7. In Artikel 20 wird folgender Buchstabe vor Buchstabe a eingefügt:
a) Kosten für visuelle Untersuchungen;“

muss es heißen: „7. In Artikel 20 wird folgender Buchstabe vor Buchstabe a eingefügt:
-a) Kosten für visuelle Untersuchungen;“.

ISSN 1977-0642 (elektronische Ausgabe)
ISSN 1725-2539 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE